

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Plagiatvorstellungen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Wilhelmsstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Vllverband Bochum.

## Unsere dringendsten Forderungen.

Unser Verband richtet nachstehende Eingabe an die Reichsregierung in Berlin:

Nach Beilegung der Tarifstreitigkeiten im Ruhrbergbau durch den verbindlich erklärten Schiedspruch vom 10. Januar 1931, und nachdem auch in anderen Bergbaurevieren Schiedsprüche eine neue Tarifgrundlage geschaffen haben, lenkt der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf die Tatsache, daß die Neueregulungen den Bergarbeitern schwere Sorgen hinterlassen haben. Wir halten es für die Aufgabe der Reichsregierung, mit uns nach Wegen zu suchen und Maßnahmen durchzuführen, die diese Sorgen lindern. Dazu bitten wir, der Reichsregierung einige Hinweise geben zu dürfen.

Die Art und Weise, wie die Zechenbesitzer den Abbau der Vöhrne betrieben und begründet haben, hat in uns die Befürchtungen verstärkt, daß damit der von der Reichsregierung erstrebte preiswirtschaftliche Nulleffekt nicht erreicht werden wird. Der Regierung ist durch die Tarifverhandlungen, durch die Beratungen der Kohlenwirtschaftsorgane und des Reichswirtschaftsrats nicht unbekannt geblieben, daß namentlich im Ruhrbergbau die Lohnkosten infolge ihrer fallenden Tendenz ein immer weniger preisbestimmendes Element geworden sind. Zwischen Lohnabbau und dem von den Syndikaten zugestandenen Preisnachlass besteht kein natürlicher Zusammenhang. Er ist in den Verhandlungen von den Unternehmern künstlich konstruiert worden, wodurch die Bedeutung der anderen Preiselemente und ihre Angleichung an die veränderte Wirtschaftskonjunktur vernachlässigt worden ist. Daher ist die allgemeine Auswirkung der Kohlenpreissenkung, wie aus der Entwicklung des Großhandelsindex für Kohle hervorgeht, hinter dem Satz der Lohnherabsetzung zurückgeblieben. Wenn dieser Vorgang, wie wir fürchten, sich in anderen Wirtschaftszweigen wiederholt, so wird daran die Hoffnung der Arbeiter auf baldige Wiederauffüllung ihres geschmäleren Reallohnes scheitern und die gegenwärtige Absatzstagnation noch verschlimmert werden. Um dies abzuwenden, bitten wir die Reichsregierung, ihre Bemühungen zur

### Senkung des Preisniveaus

mit aller Energie fortzusetzen. Dazu gehört, daß der Staat seinen Organen in Reich, Ländern und Kommunen noch mehr als bisher zum Bewußtsein bringt, daß er der größte Konsument Deutschlands ist und sein Konsumenteninteresse sich mit dem Interesse aller anderen Konsumenten durchaus deckt. Die Arbeiter werden ein Versagen des Preisabbaues mit einem Versagen der Staatspolitik gleichsetzen.

Eine weitere Sorge bereitet den Bergarbeitern das ungewisse Schicksal ihrer

### Knappschaftsversicherung.

War im Zusammenhang mit der Lohnfrage eine Klärung dieses ernststen Problems nicht möglich, so gilt es jetzt, das notwendige Sanierungswerk unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die ersten

Schritte dazu haben die Versicherten durch die bekannten statistischen Änderungen der Versicherungsgrundlage selbst getan. Sie haben damit Opfer auf sich genommen, deren Gewicht niemand erkennen kann. Die Last, die die Knappschaftsversicherung unter den Folgen des Krieges und der Rationalisierungsmaßnahmen der Zechenbesitzer zu tragen hat, ist aber zu groß, um ohne öffentliche Hilfe bewältigt zu werden. Die dazu erforderlichen öffentlichen Aufwendungen aus den Mitteln des Reiches dienen unmittelbar der Förderung der von den Unternehmern vernachlässigten Menscheneconomie im Bergbau. Was die Versicherten aus eigener Kraft zur Stützung der Knappschaft beitragen konnten, haben sie getan. Die vom Reich wiederholt anerkannte und betätigte Verpflichtung, der Knappschaft zu helfen, besteht weiter und muß auch im neuen Etatjahre in dem Maße Erfüllung finden, das durch die öffentliche Dienstleistung der Knappschaft gerechtfertigt ist. Die Reichsregierung fordern wir daher auf, den

### Ausgleich des Knappschaftshaushalts über den Reichsetat herbeizuführen.

Die Hilfe der Reichsregierung reklamieren wir endlich für die Durchführung einer Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsverteilungspolitik, um der katastrophalen Arbeitsnot im Bergbau Einhalt zu bieten. Die von uns aufgezeigte Möglichkeit, im Zuge der Arbeitszeitverhandlungen gegen Ende vorigen Jahres eine konstruktive Lösung des Beschäftigungsproblems anzubahnen, ist leider nicht ergriffen worden. Wir wollen hier nicht noch einmal alle Gründe wiederholen, aus denen die Bergarbeiter den Anspruch auf Beendigung des Mehrarbeitsabkommens herleiten, sie sind der Reichsregierung bekannt. Wir fordern die Arbeitszeitverkürzung nicht um unmittelbarer Erleichterungen für die noch in Arbeit Stehenden wegen, sondern als Notmaßnahme, um die Überflutung des Arbeitsmarktes zurückzudämmen. Diese Flut droht die Einstufung des deutschen Wirtschafts- und Staatslebens zu werden. Die Aufhebung oder doch zumindest die zeitweilige

### Suspendierung des Mehrarbeitsabkommens

ist die letzte Zuflucht vor dem Chaos. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Was mit den Mitteln der Tarifpolitik nicht möglich war, muß jetzt mit den Mitteln der Staatspolitik in letzter Minute nachgeholt werden. Wir bieten der Reichsregierung für die Überleitung auf die verkürzte Schichtzeit unsere Mitwirkung an.

Wer wie wir zusammen mit einem großen Teil des deutschen Volkes die ständig anschwellende Lawine des Unheils sich heranwähnen sieht, erfüllt nur die ernste Pflicht der Stunde, wenn er die Verantwortlichen aufruft, das zur Abwendung der Gefahr Erforderliche zu tun. Wir erwarten, daß die Reichsregierung alles daransetzt, diesem Notruf gemäß zu handeln.

Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands.  
Fr. Hujemann.

Der Zuschuß zu 2 muß für Zwecke von Betriebsverbesserungen, die in jedem Falle durch einen technischen Sachverständigen der Regierungen geprüft werden, verwendet werden.

Für die Rückzahlung der gegebenen Zuschüsse werden die Gewinne herangezogen, die nach Ablauf der Hilfsmaßnahmen, also ab 1. Januar 1933, erzielt werden. Es sind zurückzuzahlen von den bei den Kupfer erzeugenden Betrieben jährlich erzielten Gewinnen bis zu 1 Mill. M. 50 Prozent, darüber hinaus 75 Prozent, mindestens jedoch 25 Prozent des Gesamtgewinnes der Mansfeld AG. Auf jeden Fall rückzahlpflichtig sind die Anlagenzuschüsse, die auch bei der Rückzahlung erster Stelle rangieren. Die Verpflichtung zur Rückzahlung der Betriebszuschüsse endet zwölf Jahre nach Ablauf der Hilfsmaßnahmen, also am 31. Dezember 1944. Für die Berechnung der Gewinne sind besondere Richtlinien vereinbart.

Reichs- und Staatsregierung haben das Recht, die gesamte Geschäftsabbarung der Mansfeld AG. jederzeit durch die Deutsche Revisions- und Treuhand-AG. oder durch die staatlichen Prüfungsstellen untersuchen zu lassen. Ferner sind für den Fall einer Verletzung wesentlicher Bestimmungen des Vertrages eine Strafbestimmung sowie eine Bestimmung über ein Schiedsgericht vorgelesen.

Die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Reichstags waren lebhaft und interessant.

### Gegen die Regierungsvorlage waren nur die Kommunisten.

Die Nazis spielten eine besondere Rolle. Goebbels' „Angriff“ hatte am 17. Januar einen Artikel über Mansfeld, der sich in schärfsten Ausfällen gegen Otto Wolff, Goldschmidt, Strauß, Bera Herz, die Großaktionäre von Mansfeld, erging, sich gegen die „Unterstützung dieser Millionäre“ wandte und den Kauf der Aktien von Mansfeld durch das Reich verlangte.

Bei Mansfeld handelt es sich aber nicht um die Unterstützung dieser Aktionäre, sondern um die

### Abwehr einer Katastrophe für das Mansfelder Gebiet.

Die Regierung erkennt in ihrer Vorlage an, daß die Stilllegung in Mansfeld Mindereinnahmen an Steuern und Mehrbelastung an Sozial- und Wohlfahrtsausgaben im Betrag von 25 Millionen Mark bringen würde. Obwohl man keine Garantie für die Entwicklung des Kupferpreises und damit für dauernde Rentabilität der Mansfelder Werke hat, bleibt kein anderer Weg als die vorgeschlagene Subvention.

Alle Parteien mit Ausnahme der SPD. stellten sich denn auch auf den Standpunkt, aus Rücksicht auf das Gebiet, seine Gesamtbevölkerung und seine Bergleute der Vorlage zuzustimmen.

Der Naziredner antwortete auf kommunistische Angriffe, daß sie „den Tag der Abrechnung mit Wolff und Genossen nach Errichtung des dritten Reichs bestimmen würden“, den famosen Sozialisierungsantrag, wonach ausgerechnet die schlechtesten Betriebe sozialisiert werden sollen, wagte er nicht aufzunehmen.

Kamerad Limbergh vertrat die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion, die der Mansfelder Vorlage zustimme. Er verlangte ähnliche Hilfe wie in den Vorjahren auch für Sieg, Lahn, Dill und Oberhessen. Er illustrierte die Notlage der Bergleute in diesen Bezirken (12,9 Proz. Lohnabbau in Mansfeld, 14 637 Knappschaftsmitglieder und 11 828 Inwalden, 18 Proz. Lohnabbauforderung in Lahn-Oberhessen usw.).

Mit allen Stimmen gegen die der SPD. wurde die Mansfeldvorlage angenommen sowie ein Antrag, der die gestrichenen 570 000 M. für Sieg, Lahn, Dill, Oberhessen in einem Nachtragsetat verlangt, in dem auch die Summen für Mansfeld erscheinen müssen.

### Die SPD. lehnte die Subventionen für Mansfeld und das Siegerland ab.

Sie erlaubte sich dann folgendes Manöver: Sie verantragte, die sieben Millionen nicht der Mansfeld AG., sondern „über die Gemeinden für direkte Unterstützung der durch den Lohn- und Gehaltsabbau betroffenen Arbeiter und Angestellten zur Verfügung zu stellen“.

Wenn nach diesem Rezept verfahren worden wäre, so fiel die Subvention, Mansfeld würde stillgelegt! So rechnete die SPD. anscheinend aber nicht. Aus den Bemerkungen ihrer Redner ging hervor, daß sie noch „eine Klausel“ überlegte, die es der Mansfeld AG. unmöglich machen sollte, diese Extrazusendung von 7 Millionen, also etwa 500 M. je Arbeiter, durch weiteren Lohnabbau unwirksam zu machen. Die SPD. wollte also alten Erstes einer Arbeiterschaft, die notorisch schlecht steht, einen staatlichen Lohnzuschuß geben! Das ist natürlich wirtschaftspolitisch und finanziell eine Unmöglichkeit. Was Mansfeld recht wäre, das wäre für viele Millionen anderer Arbeiter billig, finanziell aber undurchführbar.

Es bleibt also dabei: Alle Parteien erklärten sich für die jetzt einzig mögliche Hilfe, nur die SPD. lehnte ab!

Leider konnte sich der SPD.-Redner auf unverständliche Ausführungen in dem vom Abg. Seydewitz-Zwickau herausgegebenen sozialdemokratischen „Klassenkampf“ stützen. Die Zeitschrift schrieb in einem Artikel über Subventionen:

„Die Theorie, mit der die Mansfeld-Subventionierung von den Amtsstellen verfochten wird, ist brüchig bis dort hinaus. Bescheidnend ist schon die Tatsache, daß der sozial-

## Hilfe für Mansfeld und das Siegerland.

Das Kapitel „Subvention“ wurde bei der Beratung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums im Reichshaushaltsausschuß in den Tagen vom 1. bis 21. Januar nicht grundsätzlich angeschnitten, aber doch anlässlich der Fälle Mansfeld und Siegerland berührt. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß es andere Wege als Subventionen (Zuwendungen materieller Art) geben sollte, notleidenden Teilen der Wirtschaft zu helfen. Aber die deutsche Zollpolitik ist Subventionspolitik in schlimmster Form, Subventionen aller Art wurden der Schifffahrt, der Industrie, der Luftfahrt usw. zugewandt. In die Milliarden belaufen sich die Zuwendungen für die deutsche Landwirtschaft, die neuen „DfHilfe“-Vorlagen sehen eine weitere Milliarde vor. Demgegenüber bedeuten einige Millionen für Mansfeld, Siegerland, Niederhessen gar nichts, zumal in diesen Bezirken die Stilllegung der Bergbaubetriebe Katastrophen für die ganzen Gebiete bedeutet. Hätten wir die Möglichkeiten, die Bergbaubevölkerung dieser Gebiete umzusiedeln oder sie an anderer lohnender Beschäftigung zuzuführen, dann brauchte man schließlich nicht die Rücksicht auf die betroffenen Industrien zu nehmen, die uns heute notwendig und vertretbar erscheint. Bei Mansfeld und dem Siegerland kommt noch hinzu, daß es sich hier um Hochprodukte handelt, die wir aus dem Ausland beziehen müssen, soweit wir sie nicht selbst produzieren. Wenn das Reich für die Ausfuhrförderung viele hundert Millionen Mark riskiert, so kann es auf ein halbes oder ganzes Duzend für die genannten Gebiete auch nicht ankommen. Für die Russenkredite hat das Reich von 260 Millionen 70 Prozent garantiert, Ende 1930 war es daraus mit einem Risiko von 152 Mill. Mark belastet. Mit 850 Millionen hat das Reich im ganzen solche und ähnliche Ausfuhrförderung garantiert, sein Risiko daraus beläuft sich gegenwärtig auf rund 300 Mill. M.

Die Mansfelder Kupferbetriebe befinden sich seit Jahr und Tag in unbefreitbarer Notlage. Wie weit diese zurückzuführen ist auf falsche geschäftliche Maßnahmen.

Spekulationen usw., haben wir verschiedentlich dargelegt. Um der Gefahr der Stilllegung der Betriebe zu entgehen, haben die Belegkästen einmal eine Lohnreduzierung von 9,5 und das zweitemal eine solche von 3,1 Prozent in Kauf genommen.

Die Aufrechterhaltung der Betriebe mit Reichs- und Staatshilfe soll nun weiter fortgeführt werden. Der Vertrag, den die Reichsregierung dem Reichstag zur Genehmigung vorlegt, sieht folgendes vor:

Als Hilfsmaßnahmen der Regierung sind für die Dauer von zwei Jahren Zuschüsse verschiedener Art vorgelesen, die von Preußen und Reich; je zur Hälfte gezahlt werden:

1. Betriebszuschüsse im Höchstbetrage von 5,64 Mill. M., die variabel sind nach den Erlöspreisen für Kupfer und Silber und nach der Höhe der Produktion.
2. ein fester Jahreszuschuß von 1,4 Mill. M. für Anlagezwecke als Ausgleich für die bei der Festsetzung des Zuschusses zu nicht berücksichtigten Abwägungen.

Der Zuschuß zu 1: Bei einem Kupferpreis von 10,5 Cent und einem Silberpreis von 45 M. je Kilogramm ergab sich nach einem Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums ein Verlust von 8 025 000 M. Von diesen 8 025 000 M. werden durch die neue Lohn- und Gehaltsenkung 1 085 000 M. eingespart. Von dem dann verbleibenden Restwert ist übernimmt die Mansfeld AG. das Risiko für 1,3 Mill. M., so daß ein Restzuschuß für die Regierungen von 5,64 Mill. M. verbleibt. Das Risiko von 1,3 Mill. M., wobei, wie gesagt, keine Abwägungen berücksichtigt sind, übernimmt die Mansfeld AG. in jedem Falle. Sie übernimmt darüber hinaus aber auch noch das Risiko, das in einem weiteren Fallen der Metallpreise unter die vorstehenden Notierungen liegt.

Bei der Berechnung der Zuschüsse zu 1 wird nur von den nach dem Gutachten ermittelten theoretischen Selbstkosten ausgegangen: etwaige Verbesserungen oder Verschlechterungen in den Selbstkosten gehen zu Lasten oder zugunsten von Mansfeld.



demokratische Abgeordnete des Mansfeldbezirks, Dr. Herz, ebenso wie gewählte maßgebende Stellen erst von untergeordneter Seite für die Subventionierung gewonnen werden mußten, allerdings von einer Seite, die unkontrollierte, geheim gehaltene Verhandlungen mit dem Generaldirektor der Mansfeld AG. geführt hatte...

Eine hinreichende Erklärung der Subventionierung der Mansfeld AG. liefert lediglich die Bedeutung des Mansfeldbezirklichen als des einzigen deutschen abbaufähigen Kupfererzbergbaubereiches im Kriegesfall...

Dr. Herz erklärte im Anschluß an diese Sätze, daß er natürlich wie seine Partei grundsätzlich gegen Subventionierungen sei, daß er sich im Fall Mansfeld als Abgeordneter des Bezirks zurückgehalten und nur zweimal eine Unterredung in dieser Frage, einmal mit Husemann und dann mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Mansfeld, gehabt habe.

Da es sich bei den Genannten um Vertreter unseres Verbandes handelt, da wir nach Lage der Sache auch nicht annehmen können, daß der „Klassenkampf“ andere Personen meint, so empfinden wir die Auslassungen der Zeitschrift als eine Unverschämtheit. „Brüchig“ ist übrigens nicht die Rechtfertigung der Mansfeldaktion, sondern die Unterstützung der R.P.D. durch den „Klassenkampf“.

Nicht die Unterstützung der Mansfeld AG., sondern die Rücksicht auf Gebiet und Bevölkerung war maßgebend für die Aktion! Wir können nicht eine Katastrophe über ein solches Gebiet hereinbrechen lassen, wenn wir keine Möglichkeit sehen, 14 000 arbeitslos Gewordene wieder unterzubringen, keine Möglichkeit, Geschäftswelt und Gemeindegeld dieses Bezirks vor völligem Ruin zu bewahren.

Die „hinreichende Erklärung“ für die Subvention, wie der „Klassenkampf“ sie entdebt hat, die Bedeutung Mansfelds für den Kriegesfall, ist nur ein Beweis für die Leichtfertigkeit, mit der solche Behauptungen aufgestellt werden.

Deutschland führt für Friedenszwecke 200 000 Tonnen Kupfer ein, Mansfeld produziert 21 000 bis 23 000 T., also ein Zehntel des Friedensbedarfs. Für einen Kriegesfall hätte diese Produktion so gut wie nichts zu bedeuten. Der Nazimann erklärte zwar im Ausschuß, daß seine Partei auch für die Subvention stimme aus Gründen deutscher Wehrhaftigkeit. Aber nicht solche Naziforgen, sondern Weranordnungsgefühl gegenüber von unübersehbarer Katastrophe bedrohten Volks- und Berufsgenossen war Motiv unseres Handelns, verkehrter „Klassenkampf“!

### Vorstandssitzung der Reichsknappschaft am 15. Januar 1931.

Bei den Satzungsänderungen, die durch die Hauptversammlung für Arbeiterangelegenheiten am 22. November 1930 beschlossen wurden, hat der Reichsarbeitsminister vor der Bestätigung einige redaktionelle Änderungen vorgeschlagen. Der Vorstand der Reichsknappschaft, der in seiner Sitzung am 15. Januar zu diesen Vorschlägen Stellung nahm, beschloß, die Änderungen vorzunehmen. Den endgültigen Wortlaut des geänderten Teiles der Satzung haben wir bereits in Nr. 1 der „Bergbau-Industrie“ vom 3. Januar 1931 veröffentlicht. Im Anschluß an diese Zustimmung zu den redaktionellen Änderungen nahm der Satzungsausschuß zu einigen Zweifelsfragen Stellung, die bei der Durchführung der neuen Satzungsbestimmungen in den Bezirken aufgetaucht sind.

Nach dem Reichsknappschaftsgesetz erhalten Pensionsempfänger der Angestelltenpensionskasse, wenn sie in der Arbeiterabteilung Dienstjahre aufzuweisen haben, aus der Arbeiterabteilung Steigerungsbeträge zu ihren Pensionen aus der Angestelltenabteilung. Die Arbeitnehmer sind der Auffassung, daß diese Steigerungsbeträge an solche Rentenempfänger nicht mehr gezahlt werden könnten, nachdem aus der Arbeiterabteilung Leistungen in ähnlich liegenden Fällen an Pensionsempfänger der Arbeiterabteilung nicht mehr gewährt werden. So gewährt z. B. die Arbeiterpensionskasse kein Witwengeld mehr für Witwen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, und keine Witwenpension mehr an Witwen, die der Invalide im Invalidenstande geheiratet hat.

Der Satzungsausschuß schlug gegen die Stimmen der Angestelltenvertreter dem Abteilungsmitglied für Arbeiterangelegenheiten vor, zu beschließen, daß auch in solchen Fällen keine Steigerungsbeträge von der Arbeiterabteilung mehr zu gewähren sind. Als der Abteilungsmitglied für Arbeiterangelegenheiten entsprechend dem Vorschlag beschloß, erhob der Abteilungsmitglied für Angestelltenangelegenheiten gegen den Beschluß Widerspruch. Die Angelegenheit mußte satzungsgemäß auch im Gesamtvorstande behandelt werden. Bei der hierbei getätigten Abstimmung enthielten sich die Arbeitgebervertreter der Stimme. Die Angestelltenvertreter stimmten für die Weiterzahlung. Die Arbeitnehmer, die nicht dulden konnten, daß Angestelltenpensionsempfänger von der Arbeiterpensionskasse besser behandelt werden sollten als Arbeiterpensionsempfänger, stimmten dem Vorschlag des Satzungsausschusses zu.

Auf Grund des § 103 c der neuen Satzung kann der Vorstand auch über die Durchführung des § 89 g, wonach Pension neben Krankengeld ruht, Näheres bestimmen. Wir wiesen bereits bei der Besprechung der Satzungsänderungen darauf hin, daß hier eine Ergänzungsbestimmung getroffen werden müßte, wonach beim Bezüge von geringfügigem Krankengeld die Pension nicht zu ruhen braucht. Der Satzungsausschuß beschloß, den § 89 g bei einem Grundlohn bis zu 2 M. nicht anzuwenden. Dadurch kann derjenige Pensionsempfänger, der nur einen geringen Verdienst erzielt und im Falle einer Krankheit von der Krankenversicherung pro Tag nicht mehr als 1 M. Krankengeld bezieht, die Pension neben dem Krankengeld ungekürzt weiter erhalten.

Bei Knappschaftsinvaliden, die an Bezügen aus der Sozialversicherung und öffentlichen Kassen 80 Prozent und mehr der höchsten Lohnklasse, der sie nicht nur vorübergehend angehört

haben, beziehen und bei denen der über 80 Proz. hinausgehende Betrag von der Rentenversicherung zu kürzen ist, ist auch die Kürzung gemäß § 88 n anzuwenden, wenn sie neben den Bezügen aus der Sozialversicherung noch einen Arbeitsverdienst haben, der 50 Prozent des früheren Jahresarbeitsverdienstes übersteigt.

In Fällen, in denen nach § 93 Abs. 2 der Satzung das Waisengeld nach Vollendung des 15. Lebensjahres ruht, kann von der Pensionskasse auch keine Bestattungsbeihilfe gewährt werden, falls eine solche Waise, die sich in Schul- und Berufsausbildung befindet, stirbt. Bei der Kürzung von Renten nach den §§ 88 n, 89 und 89 i der Satzung ist beim Jahresarbeitsverdienst nicht von dem Reinverdienst, sondern von dem Bruttoverdienst auszugehen, da sonst auch einem Beschäftigten, der hauerarbeit verrichtet, die Pension nicht entzogen werden könnte, wenn die Beiträge zur Sozialversicherung nicht mit zum Jahresarbeitsverdienst gerechnet werden dürften.

Durch die neue Notverordnung vom 1. Dezember 1930 werden bekanntlich die Vorschriften über die Krankenversicherung verschiedentlich abgeändert. Von dem Arzneikostenanteil und der Krankeneingebühr sind nach der neuen Fassung der §§ 182 i Abs. 2 und 187 c Abs. 2 A.B.G. befreit:

1. Arbeitslose...
2. Personen, die aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung Invalidenrente oder Ruhegeld oder aus der Unfallversicherung oder nach der Reichsverforgung Rente als Schwerverletzte (§ 559 i) oder als Schwerebeschädigte beziehen,
3. solche Tuberkulöse und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge- oder Beratungsstelle eine Bescheinigung über ihre Bedürftigkeit beibringen.

Es war die Frage zu entscheiden, ob auch die Knappschaftsinvaliden von diesen Gebühren befreit werden sollten. Soweit es sich um Knappschaftsinvaliden handelt, die noch Arbeit verrichten und der Krankenversicherung wie jedes andere Mitglied angehören, konnte die Befreiung nicht ausgesprochen werden. Dagegen sollen Knappschaftsinvaliden, die keine versicherungspflichtige Beschäftigung mehr ausüben, sondern die freie Kur und Arznei nur als Invaliden von der knappschaftlichen Pensionskasse erhalten, von den Gebühren ebenso befreit werden, wie die unter 1 bis 3 bezeichneten Personen.

Nachdem der Spruchrat des Reichsversicherungsamts für Arbeitslosenversicherung entschieden hat, daß einem Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, der von einem Träger der Sozialversicherung zur Beobachtung in ein Krankenhaus eingewiesen wird, Arbeitslosenunterstützung nicht zusteht, mußten die Sozialversicherungsträger auch darüber entscheiden, ob nicht einem solchen zur Beobachtung Eingewiesenen die Arbeitslosenunterstützung ebenso erzeigt werden muß wie der Lohnausfall. Der Satzungsausschuß beschloß, daß für die Dauer der Beobachtung die entgangene Arbeitslosenunterstützung zu gewähren ist.

Den Sondervorschriften der Niederschlesischen Knappschaft, die dahin abgeändert worden sind, daß die Krankentasse Familiensterbegeld zahlt, konnte in der gegenwärtigen Zeit nicht zugestimmt werden, da der Beitrag zur Krankenversicherung in der Niederschlesischen Knappschaft noch immer als hoch angesehen werden muß und die erforderlichen Reserven in der Krankentasse

noch nicht vorhanden sind. Der Erstattung von Kosten für kleinere Heilmittel, die in der Familienhilfe der Rentenversicherung beschlössen worden sind, konnte zugestimmt werden, weil diese Leistungen aus den freiwilligen Beiträgen der Rentenempfänger bestritten werden und die Familienhilfskasse ausreichende Reserven angeammelt hat.

Einigen Arztverträgen, die die Süddeutsche Knappschaft abschloß, stimmte der Vorstand zu. Für das Erholungsheim Wendefurth wurde ein Pflegesatz von 5,50 M. pro Tag festgesetzt. Der Abschluß eines Vertrages, den die Hessisch-Thüringische Knappschaft mit Apotheken getätigt hat, fand ebenfalls die Zustimmung des Vorstandes. Der Verlängerung eines Nachtrages zum Mantelvertrage der Siegerländer Knappschaft mit den Ärzten betreffend Wegegebühren konnte der Vorstand sich nicht so leicht entschließen, zuzustimmen, weil gerade im Bezirk der Siegerländer Knappschaft diese Gebühren nach Ansicht des Vorstandes viel zu hoch sind. Die Verhältnisse, wie sie sich im Siegerland entwickelt haben, sind auf die Dauer nicht haltbar. Die Knappschaft muß zu anderen Verträgen mit den Ärzten kommen. Ein Vergleich der Halberstädter Knappschaft mit dem Verein der Halberstädter Knappschaftsärzte fand die Genehmigung des Vorstandes. Die Gehaltskürzung von 6 Proz., die bei den Knappschaftsangehörigen durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1931 ab ermöglicht wird, konnte auch bei den leitenden Angestellten angewandt werden, weil zu diesem Zwecke auch lebenslängliche Verträge gekündigt werden konnten. Da jedoch die leitenden Angestellten der Knappschaft sich freiwillig damit einverstanden erklärten, daß ihnen die 6 Proz. gekürzt werden, konnte man von einer Kündigung der Verträge absehen.

Laut Reichsknappschaftsgesetz vom Juli 1926 können gewisse knappschaftspflichtige Betriebe von der Knappschaftspflicht befreit werden, wenn sie eine angemessene Entschädigung für die Anwartschaften, die von Versicherten während der Tätigkeit in diesen Betrieben erdient worden sind, leisten. Diese Bestimmung wird leider dadurch umgangen, daß der Reichsarbeitsminister den ausgeschiedenen Werken gestattet hat, der Knappschaft die tatsächlichen Aufwendungen aus den erwachsenen Pensionen zu ersetzen. Praktisch erhält dadurch die Knappschaft gar nichts, denn es ist ihr nicht möglich, nach 10 oder 20 Jahren bei Versicherten, die inzwischen in andere Berufe ausgewandert sind, festzustellen, ob sie gerade auf diesem oder jenem Werke die Anwartschaften erdient haben. Inzwischen gehen auch manche Firmen ein, so daß auch aus diesem Grunde die Knappschaft keinen Pfennig erhält. Daß diese Regelung sich zu einem groben Unfug auswächst, mag daraus ersicht werden, daß sogar ein großer leistungsfähiger Kalkonzern die geringe Summe von 8450 M. nicht zahlen, sondern später entstehende Kosten tragen will, die von der Knappschaft aber nicht nachgewiesen werden können, weil der Verwaltungsapparat, den sie zum Zwecke dieser Feststellungen vergrößern müßte, mehr kosten würde als die Summe ausmacht, die sie zu erhalten hat.

Eine Vereinbarung der Reichsknappschaft mit der Saarknappschaft betr. ärztliche Versorgung der Pensionsempfänger veröffentlichten wir bereits in Nr. 4 d. Ztg. unter „Saargebiet“.

### Aufhebung des Beschlusses auf Gewährung von Alterspension trotz Nichterfüllung der 300monatigen Wartezeit durch Nichtversicherungsbeträge.

Ein Knappschaftslenat beim Reichsversicherungsamt hat in einer Entscheidung ausgesprochen, daß auf die 300 Beitragsmonate im Sinne des § 36 A.B.G. freiwillige Beitragsmonate nach § 77 A.B.G., die nicht während einer gleichzeitigen Tätigkeit in knappschaftsversicherungspflichtigen Betrieben zurückgelegt wurden, nicht anzurechnen sind. Within konnte also durch freiwillige Weiterversicherung die Bedingung zum Bezuge der Alterspension nicht erfüllt werden, auch wenn es sich nur um einige Monate handelte. Um Härten zu vermeiden, die namentlich bei Entlassungen von älteren Bergarbeitern entstanden, beschloß der Vorstand am 16. Januar 1930, denjenigen ehemaligen Pensionistenmitglidern, die arbeitslos geworden sind und denen nur wenige Monate an den 300 Monaten fehlten, die Alterspension vergönungsweise zu gewähren, wenn diese Mitglieder freiwillig ein paar Monatsbeiträge nachentrichteten. In Anbetracht der gegenwärtigen ungünstigen Finanzlage mußte aber der Satzungsausschuß die Frage aufwerfen, ob sein Beschluß aufrechterhalten werden kann. Nach längerem Erwägungen gelangte er zu dem Ergebnis, daß angezweifelt der Finanzlage der Pensionenversicherung der Beschluß aufgehoben werden muß. Die Zahlung der bisher bewilligten Pensionen, die ausdrücklich als freiwillig jederzeit widerrufliche Leistungen bezeichnet worden sind, soll vom 1. Februar 1931 ab eingestellt werden. Die von den Empfängern freiwillig entrichteten Beiträge werden diesen zurückerstattet.

### Gespräch über Nationalsozialismus zwischen Peter Zimmer und Gottfried Feder.

Nachstehende Gesprächsform ist nur fiktiv und frei gewählt. In Wirklichkeit handelt es sich hier um eine kurze Auseinandersetzung mit den Grundgedanken des Nationalsozialismus, wie sie der Programmtheoretiker der NSDAP, Gottfried Feder, in seiner Schrift: „Das Programm der NSDAP.“ niedergelegt hat. Der Verfasser.

(Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

„Sie glauben also, Herr Feder, daß die heutige Ordnung nichts taugt und unbedingt etwas Neues an ihre Stelle treten müßte. Was haben Sie wohl da am meisten zu kritisieren an den bestehenden Zuständen?“

„Schauen Sie doch nur um sich. Chaos herrscht heute auf Erden, Verwirrung, Kampf, Haß, Neid, Unterdrückung, Streit, Ausbeutung, Rohheit, Selbsthuch.“

„Sie sagen ganz richtig, Herr Feder, daß das so auf Erden aussieht, also nicht nur allein in Deutschland, nicht wahr? Aber Sie setzen sich doch berufen, gerade in Deutschland Ihre Naziermission zu erfüllen. Vielleicht könnte man einmal hören, was also hier bei uns Ihren besonderen Zorn erweckt hat?“

„Bei uns, nun, da versteht doch der Bruder den Bruder nicht mehr. Volksgenossen fallen übereinander her, prügeln einen zu Tode, nur weil er ein Hakenkreuz trägt.“

„Aber ich bitte doch, Herr Feder, werden denn wirklich nur Leute mit dem Hakenkreuz zu Tode geprügelt? Das müßte, was Sie zugeben müssen, ist doch, daß auch auf Seiten der „Marxisten“ und „Bazillisten“, wie Sie ja unsere Front bezeichnen, wenigstens ebenjoviel Leute niedergeschlagen und „zu Tode geprügelt“ werden.“

„Das mag sein, Herr Zimmer, aber das sind doch unhaltbare Zustände. Alle diese sich bekämpfenden Menschen tragen gleiche Last, gleiche Entbehrung, aber wo hat man in den letzten Monaten gehört, daß marxistische Arbeiter ihre Arbeitgeber oder ihre Parteibossen, oder gar einmal einen der großen Blutsauger von Bank und Börse, oder einen Großschieber überfallen und zu

Tode geprügelt haben? Die Opfer des Chaos waren einfache, einfache, brave Arbeiter. Bewirrt sind die Hirne, die Marxisten scharen sich um die größten Ausbeuter ihrer eigenen Klasse und wenden sich verkehrt und vertiert gegen ihre Retter aus ihren eigenen Reihen.“

„Ich darf die Gegenfrage stellen: Wo hat man denn einmal davon gehört, daß Nationalsozialisten einen von den Leuten zu Tode geschlagen, die Sie da aufzählten? Auch Ihre Leute haben bis jetzt nur solche Leute gemordet, die unter der Ausbeutung des Kapitals Not und Entbehrung tragen.“

„Ja, aber“ —

„Verzeihen Sie, ich bin noch nicht fertig. Sie sagen, daß die Marxisten sich um die größten Ausbeuter ihrer Klasse scharen. Das ist eine Phrase, Herr Feder. Sie müßten da zuerst Leute mit Namen nennen aus den Reihen der Marxisten, die nach Ihrer Meinung Ausbeuter der Arbeiterklasse sind. Aber schauen Sie sich einmal in Ihren Reihen um, da finden Sie den ganzen alten Offiziersadel, Hohenzollernprinzen, Bankfürsten, Industrielle.“

„Wir leugnen das gar nicht, Herr Zimmer. Aber diese Leute kommen zu uns, weil sie ebenfalls empört sind über die heutige Lotterwirtschaft und mit uns um bessere Zustände kämpfen wollen.“

„Was verstehen Sie unter besseren Zuständen für diese Leute? An Geld und Gut und hohem Einkommen fehlt es denen doch nicht, sie wollen also höchstens wieder ihr mächtige Herrenstellung zu rückerobern, wollen über „ihre Volk“ wieder regieren können. Sie wollen also die Demokratie und die Republik zerbrechen und die Volksrechte im Staate vernichten.“

„Nein, den Marxismus wollen wir vernichten und nicht die Volksrechte.“

„Was verstehen Sie unter Marxismus?“

„In diesem Falle den Einfluß der Hermann Müller, Breitfeld, Severing, Braun, Wirth und all der sogenannten Novemberzerbrecher, die den alten Staat zerbrachen und diesen neuen Staat errichteten.“

„Sie vergessen, daß niemand den alten Staat zerbrach. Der ist zusammengebrochen. Das verhungerte Volk konnte den Lasten des Krieges nicht mehr standhalten. Der Ruf nach Brot überdiente allmählich die Kommandos auf den Kasernenhöfen. Da flohen die alten Machthaber vor Entsetzen, und die „Marxisten“ nahmen das fortgeworfene Steuer in die Hand. Diese

Marxisten sind also niemand anders als die Volks- und Staatsretter aus Deutschlands schwerster Zeit. Nachdem nun die Gefahren von damals überwunden sind, da kommt der ganze adlige, monarchische, industrielle und finanzgewaltige Troß wieder zum Vorschein, um sich seine alte Vormachtstellung zurückzuholen. Sie also leisten diesen Leuten ihre Sekundanten-dienste. Selbst große Kreise des Bürgertums lehnen es ab, für diese alten Machthaber zu wirken, und sind bereit, mit der Arbeiterklasse zusammen für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Nur ausgerechnet die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei dient den alten reaktionären Machthabern als Steigbügelhalter.“

„Leider ist es so, daß große Teile des Bürgertums — Nationalisten, vaterländische Kreise, Rechtsparteien — glauben, mit Bazillisten, Internationalisten und Juden zusammen regieren zu können. Bewirrt sind die Gehirne! Die sogenannten Rechtskreise sehen nicht, daß es niemals Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Adler und Schlange, zwischen Rind und Löwe, zwischen Mensch und Cholerabazillus geben kann und geben wird.“

„So redet nur ein Lausjunge, Herr Feder, oder ein fanatischer reaktionärer Dummkopf. Die Leute, die Sie hier Schlange, Rind, Cholerabazillus nennen, das sind die Führer der Arbeiterklasse, mit der sie jahrzehntelang einen solidarisichen Kampf gegen Unterdrückung, Enttäuschung und Ausbeutung gekämpft haben, geiterten haben, Gefährnis und Zucht haus erduldet haben, schon zu Zeiten, in denen noch kein Nationalsozialist bemerkt hatte, daß es so etwas gibt wie Ausbeutung, Knechtschaft und Volks-zuzug.“

„Auch Nationalsozialisten haben früher schon für Recht und Gerechtigkeit gekämpft, wenn auch auf andere Weise wie heute.“ Zugegeben. Nicht alle Nationalsozialisten sind schlechte Menschen. Aber ich verweise auf eins: Adolf Hitler, Euer oberster Führer, ist früher dem Kampf um Arbeiterrechte feige ausgewichen. Er hat sich nicht mit den Arbeitern, mit denen er auf dem Bau beschäftigt war, organisiert — er war stets ein „Gelber“, so daß die Arbeiter sich damals schon weigerten, mit ihm zusammen zu arbeiten.“

„Vielleicht. Aber heute führt er den Kampf!“ „Mit dem Adel, den Generälen, den Hohenzollernprinzen, den Industriellen zusammen, jawohl. Das ist aber nicht der Kampf des Volkes, das kann nur ein Kampf gegen das Volk sein.“



### Der Weisheit

„Meine Herren, es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Bühne zu verkürzen und die Arbeitszeit zu verlängern, damit wir auf dem Weltmarkt das machen können, was wir der Auslandskonkurrenz schmerzlich verübeln würden.“

### letzter Schluß ?

Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung sollen nach dem Wunsch reaktionärer Unternehmer die „Selbstkosten“ erniedrigen, um Schmutzkonzurrenz im Ausland treiben zu können. Das Ausland antwortet mit hohen Zöllen, Einfuhrverboten oder es verschlechtert die Lage seiner Arbeiter ähnlich wie in Deutschland. Die konkurrierenden Kräfte bleiben ziemlich gleich, nur die Arbeiter bezahlen die Kosten solcher verrückten Experimente. Deshalb ist Unterfückung des Gewerkschaftstumpes Pflicht jedes denkenden Arbeiters!



## Der neue Einheitsladen der KPD. im Bergbau.

Auf Befehl der Kommunistischen Partei soll der neugegründete rote Bergarbeiterverband eine Massenorganisation werden. Dieser Befehl ist leichter gegeben als durchgeführt. Von dem Massensturm der Bergarbeiter zum neuen Verband ist bis auf die Lügenberichte des „Ruhr-Echos“ nichts zu spüren, so daß man im kommunistischen Lager jetzt schon darüber klagt, daß die Werbelust der Funktionäre nicht so ist, wie man es wünscht. Allen Funktionären der KPD. wird zur Pflicht gemacht, ihre ganze Arbeit dem neuen roten Einheitsverband zu widmen. Seit mehr als drei Monaten ist das Schwergewicht und die politische Arbeit der Partei auf die Bergarbeiterbewegung eingestellt gewesen. Auch hat das „Ruhr-Echo“ sich die ganze Zeit nur auf die Bergarbeiterbewegung eingestellt. Die dadurch geschaffene Stimmung, so heißt es jetzt, müsse ausgenutzt werden. Die gesamte Partei von ihrer untersten Einheit bis zur obersten Leitung hinauf müsse zum Aufbau des roten Verbandes mobilisiert werden.

Die Kommunistische Partei gibt hiermit zu, daß der neue Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands nicht von den Bergarbeitermassen gewünscht wurde, sondern von der Leitung der Kommunistischen Partei.

Es ist ja verständlich, daß der unsinnige Streikputz lediglich zum Zwecke der Gründung des roten Einheitsverbandes gemacht werden mußte. Sagte doch selbst Saeffow in der Streikversammlung am 4. Januar im Bochumer Schützenhof: „Wenn es jetzt nicht gelingt, einen roten Bergarbeiterverband zu gründen, so ist der Streik und alle Arbeit umsonst gewesen.“

Streik auf höheren Befehl nennen diese Arbeiterzersplitterer spontanen Massenwillen der Bergarbeiter. Wie oft haben die Bergarbeiter solche und ähnliche Befehle hören und lesen müssen! Am 14. Juli 1920 schrieb die „Rote Fahne“: „Die Lösung: „Heraus aus den Gewerkschaften“ ist falsch. Einige von diesen freien Gewerkschaften werden wir einfach spalten müssen. Die Sache der Kommunisten Deutschlands ist es, die vor sich gehende Entwicklung zu erleichtern und zu beschleunigen. Das kann man nur tun, wenn man innerhalb der freien Gewerkschaften bleibt. Die Eroberung der Gewerkschaften war und ist das Hauptziel der Kommunistischen Partei.“

Eine Parole löst die andere ab. Verwirrung unter der Arbeiterschaft und Haß gegen die Gewerkschaften sind die Erfolge, die sie bei einem Teil der Bergarbeiterschaft erringt haben. Die Unternehmer können diesen Parolekünstlern dankbar sein.

Ein kleiner Rückblick mag genügen, um diese Zerstörer der Gewerkschaften zu kennzeichnen:

- 1919 (Anfang) Gewerkschaften überhaupt verneint.
- Rundschreiben der KPD-Zentrale vom 28. August 1919.
- 1919 (Ende) Aufforderung zur Revolutionierung der Gewerkschaften, Beseitigung der alten Führer.
- 1920 (Mitte) Spaltung und Auflösung der Gewerkschaften. (Sinowjew, 2. Kongreß Komintern.)
- 1921 KPD. - Parteitag beschloß, in den Gewerkschaften kommunistische Zellen zu bilden, die der Partei untergeordnet sind.

„Curz obersten Führer kämpfen auch nicht für das Volk, sondern um den Platz an der Futtertrippe.“

„Sie sind ein Schwärzer, Herr Feder. Und Sie benutzen hier ein Schlagwort, das dann Bedeutung hat, wenn eine Herrschaft allein das Recht zur Staatsführung besitzt. Dann kann man von einer Futtertrippe des Staates reden, zu der nur die Gunst dieser Herrschaft Zutritt gewährt und ermöglicht. In der Demokratie aber entscheidet das Volk in seiner Gesamtheit, wer das Staatsgeschick lenkt. Aber Sie erstreben die Macht, um dann eine Diktatur aufzurichten, damit das Volk Sie nicht mehr von der Staatsführung wegfehen kann. Sie wollen also nicht allein um den Platz an der Futtertrippe kämpfen, sondern sich denselben auf immer sichern.“

„Nein, wir wollen nicht nur die Staatsführung, um an der Futtertrippe zu sein, sondern wir wollen vor allen Dingen wirtschaftliche Ordnung schaffen.“

„Was brachte Sie denn auf den Gedanken, Herr Feder?“

„Was uns auf den Gedanken brachte? Nun, gestatten Sie mir, daß ich Ihnen hierzu einen Abschnitt aus meiner Programmschrift vorlese?“

„Ich bitte darum!“

„Die Wirtschaftler, ob groß oder klein, Schwerindustrie oder Kleingewerbetreibende, kennen nur ein Ziel: „Profit“, sie haben nur eine Sehnsucht: „Kredit“, nur eine Hoffnung: die „gegen die Steuern“, nur eine Furcht und namenlose Hochachtung: die „vor den Banken“ und nur ein überlegenes Achselzucken über die nationalsozialistische Forderung der „Brechung der Zinsnechschschafft.“

- 1922 (Oktober) Parole KPD. - Vorstand. Gewerkschaften erobern, ohne sie zu spalten.
- 1923 (Mitte) Parole KPD. — Heraus aus den alten Gewerkschaften, hinein in die neuen revolutionären Gewerkschaften (Arbeiterunion).
- 1924 (April) Beschluß des Parteitages in Frankfurt: Gegen den Austritt aus den Gewerkschaften — für Vorarbeiten zum Aufbau von Industrieverbänden.
- 1924 (Mai) Aktion gegen Gewerkschaften durch Kongreß revolutionärer Betriebsräte.
- 1924 Schreiben Exekutive der Komintern, in welchem Gründung von selbständigen kommunistischen Gewerkschaften verurteilt wird.
- 1925 (April) Losowski kündigt den Kampf gegen Gewerkschaften bis zu ihrer Vernichtung an (Inprekorr. 13. April 1925).
- 1925 (Juli) Das parallele Bestehen der revolutionären und reformistischen Gewerkschaften wird anerkannt (5. Kongreß Komintern), also Spaltung.
- 1926 hat KPD. den Kampf um den Richtungsstreit in ihrer Partei. — Gewerkschaftsparolen werden nicht ausgegeben.
- 1927 Parole: Hinein in die Gewerkschaften, um sie unter richtungsloser Auskultation der alten Führer zu erobern.
- 1928 dieselbe Parole wie 1927.
- 1929 Parole zur Spaltung der Gewerkschaften. — Bildung revolutionärer Gewerkschaften. (12. Parteitag der KPD.)
- 1930 (März) Gründung des Verbandes der Bergarbeiter (Stz Essen) am 9. März 1930 in Essen sowie eines kommunistischen Kartells wirtschaftlicher Organisationen. — Dieser Verband hat nicht geklappt, deshalb mußte die Gründung eines neuen Verbandes vollzogen werden.
- 1931 (Januar) Gründung des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands (Roter Bergarbeiterverband).

Es wird nicht die letzte Parole sein. Der neue Verband als Einheitsverband paßt eben in die Politik der KPD. und deshalb muß er geschaffen werden. Die Einheitsfront der Bergarbeiter soll durch den neuen Verband herbeigeführt werden. Sie brauchen das Wörterchen „Einheit“ nur als Mittel zum Zweck, und zwar sagte die „Rote Fahne“ darüber am 6. März 1924 folgendes: „Was ist die Taktik der Einheitsfront? Man muß ein für allemal begreifen, daß für die kommunistische Internationale die Taktik der Einheitsfront nur eine Methode der Agitation unter den Arbeitern ist, eine Methode, die gerade der gegebenen Epoche angepaßt ist.“

Die gegebene Epoche, das Wort „Einheit“ wieder als Agitation zu benutzen, scheint wieder gekommen zu sein. „Berrat“ nennen diese Rindstöpfe die Arbeit und die Erfolge der Gewerkschaften, sagen aber selbst bei der Gründung des neuen Verbandes, daß auch sie sich in Zukunft mit kleineren Erfolgen zufrieden geben werden; und daß sie auch bereit sind, Tarifverträge abzuschließen, wie aus ihrem Statut ersichtlich ist.

Die Tarifverträge sind Stricks der Arbeiterschaft, aber nur dann, wenn die Gewerkschaften sie abschließen. Wenn sie, d. h.

Die Leute, die die wirtschaftliche Vernunft in Pacht genommen haben, wissen das entstandene Chaos nicht zu bändigen. Von oben ausgepreßt durch Steuern und Zinsen, von unten bedroht durch das unterirdische Grollen der betrogenen Arbeitermassen, haben sie sich in wahrwütiger Verblendung dem Finanzkapital und seinem „Siaat“ an den Hals geworfen und werden von den Nutznießern und Ausbeutern des heutigen Chaos doch nur als Sklavenhalter über die Masse des arbeitenden Volkes gebildet.

Verbände, Interessensvertretungen, Berufs-, Beamten-, Angestelltenverbände, Sparerclubs, Kleinrentners-, Reichsbankgläubigerverbände, Wehroverbände, Kriegervereine, Innungen, Vereine, Genossenschaften, Gewerkschaften, Bauern- und Landbünde, Klubs, und was noch für Namen derartige seltsame Körperschaften führen mögen — vernünftig im Grundgedanken, sinnlos im Chaos des heutigen öffentlichen Lebens — bemühen sich, Ordnung zu machen. Vergeblich, weil nirgends organisch in die Gesellschaft, in die höhere Ganzheit des Volkes eingegliedert. Alle nur erpicht auf die Erringung kleiner Vorteile für die eigene Kaste, bar jedes großen politischen oder wirtschaftlichen Leitgedankens, hilflos sich an möglichst viele politische Parteien wendend, anerkennend die nun einmal gegebene Staatswirtschaftsform, gehorsam und knechtlich gegen die sogenannte Obrigkeit.

Sie kosten zwar dem deutschen Volke unendliche Summen, füttern zahlreiche Syndizi, Verbandsleiter, Direktoren und „Geschäftshuber“, aber nützen können sie alle miteinander nicht das geringste. Eine verberberische Revolutionsmaßnahme — die Inflation — beraubt alle Klassen, beraubt die Sparer, Vereinsmitglieder, Genossen, Gewerke. Ein Steuergefeß, eine Maßnahme vom grünen Tisch zerstört die Hoffnung jahrelanger Arbeit — ein Vorteil auf der einen Seite, nach unendlichen Versammlungen, Besprechungen, Eingaben, Vorstellungen bei Regierung und Reichstag erreicht, erschachert, ist meist längst inzwischen überholt durch steigende Teuerung, steigende oder fallende Preise.

Chaos und Wirrnis! — Die Gehirne sind verwirrt: wie kann der Bauer leben, wenn er geschunden und geplagt wird, wie kann der Arbeiter kaufen, wenn der Zwischenhandel die Preise verteuert, was nützen Beamten und Angestellten die endlich erreichten Gehalts- und Lohnerhöhungen, wenn inzwischen der Lebenshaltungsindex prozentual viel höher gestiegen ist? Aber gläubig starrt man auf die Hilfe des Staates, auf den Staat, den Träger der Verarmung und Niederhaltung der Bevölkerung, der alles andere, nur nicht „Water Staat“, sondern

die Führer des neugegründeten roten Einheitsverbandes, am Verhandlungstisch sitzen und Tarifverträge abschließen, dann werden sie sich selbstverständlich auch mit kleineren Erfolgen zufriedengeben.

Saeffow behauptete weiter in der Gründungsversammlung, daß durch den Streik verhindert worden sei, daß die Unternehmer mit ihrem zwölfprozentigen Lohnabbau durchkamen. Das nennen diese Leute vom Schlage eines Saeffow „Erfolge“. Wie werden die Mitglieder erstaunt sein, wenn sie darüber einmal ernstlich nachdenken! Wenn das Schlimmste für die Bergarbeiter verhindert wurde, so haben diese Leute wie Saeffow, Agatz usw. am wenigsten dazu beigetragen. Im Gegenteil: sie haben Hunderten von Bergarbeitern schweren Schaden zugefügt.

In der von der Kommunistischen Partei vorgefertigten Uebertrittserklärung, die jedem ausgehändigt wird, der vor Jahren mal ein Mitgliedsbuch behalten hat, werden unter anderem die Funktionäre der Organisation als eine kleine, materiell und ideell korrupte Funktionskrise beschimpft. Wir sind dieses gewöhnt, aber eine derartige Beschimpfung kennzeichnet den Charakter dieser Leute, die heute Führer und Beauftragte der KPD. sind.

Der neue Einheitsladen im Ruhrgebiet soll eine neue Einnahmequelle der Kommunistischen Partei sein. Deshalb hat die KPD. das größte Interesse daran und versucht, ihren ganzen Funktionsapparat in den Dienst der Werbung für den Roten Bergarbeiterverband zu stellen. Die Bergarbeitergewerkschaft weiß aber, welchen Schaden die selig entschlafene Union angerichtet hat.

Roch vor nicht langer Zeit schrieben die neugeborenen Reichstagsabgeordneten Funf und Agatz: „Nieder mit den Gewerkschaften und deren Führern!“ Dieselben Leute sind heute wohlbestallte „Führer“ des Proletariats und werden ihr möglichstes tun, damit die Bergarbeitergewerkschaft Schaden erleidet.

Bergarbeiter! Seht euch eure Führer an, vor allem die Führer des neuen Einheitsverbandes!

### Der bergmännische Nachwuchs.

Die Beschäftigung und Ausbildung der jungen Bergarbeiter läßt nach wie vor zu wünschen übrig. Ueber die neueste Entwicklung gibt nachstehende Statistik einen sehr interessanten Aufschluß:

Jahr	Zahl der bergmännischen Berufsschüler	Belegschaft	Prozentfuß der Berufsschüler von der Belegschaft
1. Mai 1923	22 875	444 315	5,15
1. November 1924	14 328	447 569	3,20
1. April 1925	10 184	442 010	2,30
1. März 1926	10 824	369 460	2,93
1. November 1926	11 450	383 722	2,98
1. Juli 1927	12 396	389 111	3,19
1. Mai 1928	11 582	378 871	3,06
1. April 1929	11 695	350 270	3,34
1. Mai 1930	9 501	336 920	2,82
1. November 1930	8 349	286 119	2,92

Diese Zahlen zeigen uns, daß die absolute Zahl der bergmännischen Berufsschüler im Ruhrgebiet in einem dauernden Rückgang begriffen ist. Daß dieser Rückgang teilweise noch stärker ist als die Belegschaftsverminderung, zeigen uns die Prozentangaben. So waren beispielsweise 1927 noch 3,19 Prozent berufsschulpflichtige Belegschaftsmitglieder vorhanden, im November v. J. betrug dieser Prozentsatz jedoch nur noch 2,92. Im Hinblick darauf, daß die Arbeitslosigkeit der Jugend große sittliche und soziale Gefahren in sich birgt, abgesehen von der ungeheuren wirtschaftlichen Notlage, ist diese Entwicklung als sehr ungünstig zu bezeichnen. Vom Standpunkt der bergmännischen Berufsausbildung und der damit verbundenen Schaffung eines leistungsfähigen und geschulten Nachwuchses ist der chronische Rückgang der bergmännischen Berufsschüler ebenfalls als sehr verhängnisvoll anzusehen. Es ist daher höchste Zeit, daß man sich auch in Bergarbeiterkreisen erneut mit der Frage befaßt: Wie kann dieser Mangel beseitigt werden? Die Grubenverwaltungen haben bisher nur teilweise durch Errichtung besonderer Lehrwerkstätten für Arbeits- und Lernmöglichkeiten Jugendlicher gefordert, nachdem die Mechanisierung den jungen Bergmann immer mehr und mehr aus dem Grubenbetriebe verdrängt hat. Es muß daher darauf hingewirkt werden, daß diese Ausbildungssysteme auf allen Zechen eingeführt werden. Wo solche bereits vorhanden sind, müssen diese weiter ausgebaut werden. Der schon früher erörterte Weg, durch Abbau des jugendlichen neuen Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, erscheint deshalb völlig verfehlt, weil der gesundheitliche Schaden, den man damit schaffen würde, größer wäre als die berufspolitischen Vorteile, die man sich von derartigen Maßnahmen verspricht.

Zwingherr und Zins- und Steuereintreiber für die Geldherrschaft ist.

So wendet man sich immer wieder an die alten Parteien, selbst erklärt man sich als „unpolitisch, überparteilich“ und liefert sich damit erst recht der elendesten Parteipolitik aus.

Regierung gegen Volk, Parteien gegen Parteien, dabei die jetztkamsten und unmöglichsten Bündnisse schließend, Parlamente gegen Regierungen, Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber, Verbraucher gegen Erzeuger, Händler gegen Erzeuger und Verbrauch, Hausbesitzer gegen Mieter, Arbeiter gegen Bauern, Beamte gegen das Publikum, Arbeiterklasse gegen „Bourgeoisie“, Kirche gegen Staat, alle blindwütig auf den derzeitigen Gegner einschlagend, alle nur eines im Auge — ihr eigenes persönliches Interesse, ihre Machtstellung, ihren Eigennutz, die Interessen ihres Geldbeutels. Keiner daran denkend, daß auch der andere sein Lebensrecht habe, nicht bedenkend, daß die rücksichtslose Verfolgung des Eigenutzes nur auf Kosten der anderen erreicht werden kann, kein Gedanke an das Wohlergehen des Volksgenossen, kein Blick auf die höheren Pflichten der Allgemeinheit gegenüber, kein Halten in dem atemlosen Jagen nach persönlicher Bereicherung. Ellenbogen dem Nebenmann in den Magen gestochen, um vorwärts zu kommen, über Leichen schreiten, wenn es nur Nutzen verspricht — was Rücksicht nehmen? Das ist die moderne Wirtschaftsgesinnung.

So jagt und tobt und brüllt und schreit die Menge, so stößt und zert, tritt und schlägt zu Boden der Stärkere den Schwächeren, der Gemeinere den Anständigen, der Brutalere den Edlen. — Genußgier erschlägt Gerechtigkeit, Gewalttat triumphiert über Recht, Parteiinteresse über Allgemeinwohl. Lumperei, Schiebung und Betrug siegt über ehrliche Arbeit.

Ein so grauenvoller Kampf aller niederen Instinkte ward noch nie erhört, man ist unwillkürlich versucht, an die alten Weisungen von der Götterdämmerung zu denken, „Da Recht und Sitte zerbrach, Wolfzeit und Weisheit anbrach; das Meer raft, Feuer fällt vom Himmel und Götter und Menschen vergehen.“

Täuschen wir uns nicht: wir stehen inmitten einer Weltwende, und es ist begreiflich, daß der einfache Sinn, der arme verwirrte Geist aus dem heutigen Chaos keinen Ausweg mehr sieht, verzweifelt den Tod sucht oder das Ende der Welt nahe glaubt, oder selbst den wahnwitzigen Tanz ums goldene Kalb mitraft und, alle Bande vergerend, sich gleichfalls in den tollen Strudel stürzt. „Genieße, solange du kannst — nach uns die Sintflut!“







# HAUS UND LEBEN

## Das Menschliche in unserem Kampf.

Zahlen — sagt man — beweisen. Und doch beweisen sie so manchem nichts. Wie manchmal haben wir bei Kameraden vergebens versucht, zu beweisen. Die Wahrheit ist nicht jedem die Wahrheit, und so manchmal sprechen wir zu tauben Ohren von dem, das uns so offensichtlich ist.

Die Wahrheit hat eine feilsche Einstellung des Menschen zur Voraussetzung, und wer den Menschen nicht zugleich in dieser Tiefe erfasst, der faßt ihn nicht.

„Es gibt keine Wahrheit“, so schrieb einmal Waldemar Bonsels, „die unabhängig wäre von unserem Glauben.“ Nur aus unserem Sehnen, unserem Fühlen, nur aus unserer Seele heraus begreifen wir.

Tatsachen an sich sind Skelett. Sie werden zu Leben erst durch die Verbindung mit dem lebendigen Menschen, mit dem Wesen des Menschen, das in vielen gleich und doch bei den verschiedenen Menschengruppen so verschieden ist.

Den jugendlichen Menschen werden wir nie überzeugen, wenn die Wahrheit sich nicht begeistert in seinen frohen jugendlichen Glauben stößt. Und die Frau wirst du nie gewinnen, wenn sich die Zahlen der Wahrheit nicht warm binden mit ihrem Gemüte. Und den religiösen Menschen werden niemals Tatsachen der Wahrheit wandeln, wenn du diese Tatsachen nicht einflüßst in sein Suchen nach dem Göttlichen, so wie du jeden schlechten Menschen als echtes Kind seines Volkes nie für immer gewinnst, wenn er aus deinen Zahlen nicht erlebt den Gerechtigkeitsfuss seiner Seele. Und nie werden Menschen der Not und Verzweiflung die Wirklichkeit aus deinem Munde begreifen, wenn aus deinen Worten nicht eine Liebe tiefsten Verstehens spricht.

Nicht jeder kann darum jeden gewinnen, und so oft ist die Werbearbeit für den Verband nur darum vergeblich, weil die Menschenseele sich nicht zur Menschenseele fand.

Nur aus dem sittlichen Erleben heraus erhält die Wahrheit die Energien des Sieges. Zahlen sind Werte, die erst durch uns etwas werden. Tatsachen werden erst durch uns zu Wucht und zu Kraft. Wir müssen sie mit dem Feuer unseres Glaubens schmieden. Nur wenn der Mensch mit der Wahrheit, von der er durchdrungen, den Menschen erlebt, wird Wahrheit zum Wesen des Menschen und damit zu neuen Energien im Sinne der Menschlichkeit.

Dr. Gustav Hoffmann.

## Hoch klingt das Lied vom braven Mann!

Im Privatontor wird ein erbitterter Kampf ausgefochten. Der Grubenbesitzer und der Betriebsrat liegen sich in den Haaren. Das Objekt des Streites ist die erregten Gemüter gar nicht wert. Es dreht sich um die Bewilligung eines größeren Vorschusses für einen Kumpel, dessen Frau nun schon monatelang krank liegt, dazu noch ein Kind unterm Herzen trägt, wie man so sagt, und der der Arzt die Überweisung in ein Heim in anderer, gesünderer Luft angeraten hat. Das ist immerhin mit Ausgaben verbunden. Der erhaltene Lohn reicht zwar zum Leben, doch Extrazuschüsse rechtfertigt er keinesfalls.

Und wenn man recht überlegt: Da arbeitet nun der Bergarbeiter seit nahezu zwanzig Jahren ohne einen nennenswerten Zwischenfall im Tagebau, abwechselnd auch im Schacht. Und wenn auch die Hand mehr verrichten muß als der Kopf, so heißt es doch immerhin die Gedanken zu konzentrieren, soll auf seiner Strecke alles wie am Schnürchen laufen. Von Familienorgen darf er sich nicht überfallen lassen, sonst murren hundert Arbeitskameraden.

Das letzte Wort des Chefs ist gesprochen: „Bleiben Sie mir mit der Brause von treuer Pflichterfüllung vom Halse! Die Arbeiter stehen ihre gesetzlich festgelegten Stunden im Werk, verlangen ihren Lohn und scheren sich sonst den Teufel um das Wohlergehen des Betriebes. Vorschuß in dieser Höhe kann ich nicht bewilligen!“

Also abgelehnt! Eigentlich eine Gemeinheit. Der Arbeiter ahnte es im voraus. Kein Wort der Entrüstung verliert er. Grimmiger nur packt er die Keilhan, erregter nur treibt er die Hacke in die Kohle.

Schicksal, denkt er, Kumpellos! Im Hofe hupt die Augustinmaschine des Fabrikanten vom Eisenwerk nebenan, der den Grubenbesitzer zur Wochenendfeier abholt. Ja, das muß auch allerhand kosten, sicherlich ebensoviel wie der erbetene Vorschuß, denn ohne — na, Schweigen wir, wir wissen ja, was und wer dabei kein Muß bei solchen Herren.

Die Fedentore schließen sich. Eine Schicht ist beendet. Der Bergmann zögert, er ordnet noch hier und da etwas. Sein Tun ist unnütz, nur ein seltsames Grauen vor dem Heimweg hält ihn zurück. Da liegt sie nun, seine Frau, und hofft auf den Vorschuß, der ihr baldige Genesung bringen soll. Jetzt müssen sie beide jede Hoffnung begraben.

Sonnabend nacht. Die Frau wälzt sich stöhnend auf dem Lager. Dem Manne schneidet der Schmerzenskampf ins Herz. Unruhig geworden, treibt es ihn durch die Wohnung, auf den Boden hinauf.

Durch die Dachluke schaut er. Eine sternenhelle Sommernacht. Da hinten, am jenseitigen Grubenrand, steht das Eisenwerk. Tot, hundertenfingrig starrt das kalkweiße Gebäude in die Nacht, wie ein gläsernes, höhnendes Untier sieht es aus.

Doch da — was ist das? Flackert nicht ein grellroter Schein hinter den Scheiben? Feuer, das Eisenwerk brennt!

Aber was geht das ihn an, den Kohlenkumpel? Das Bergwerk brennt doch nicht. Und doch: liegt nicht der Holzplatz der Grube nebenan? Nur wenige Meter braucht das Feuer um sich zu greifen: und der Stapel Grubenholz steht in Flammen!

Vergessen ist die todbrante Frau, vergessen der Zorn gegen den Chef. Seine zweite Heimat ist in Gefahr und hundert Arbeitskameraden verlieren ihr Brot, wenn die Grube brennt.

Schon steht er im Maschinenhaus. Gellend heult das Feueralarm durch die Nacht. Bald schließt er die Feuerlöschrichtung an den Hydranten, und schon flutet eine Wasserwelle über den bedrohten Holzplatz. Entsetzlich, wie langsam die Zeit vergeht, Minuten dehnen sich zur Ewigkeitslänge. Ein Wirbelwind

treibt die gefräßige Glut über den Platz. Mauern bersten — Fensterstücken flirren.

Endlich, rafft die Feuerwehr. Rettung! Aber der Bergmann steht noch, immer und bestrahlt ein schlauchig die brennenden Holzstücke.

Er wankt und weicht nicht. Schweißströme rinnen aus dem Körper. Die Hitze sengt und ermüdet.

Dann umfängt ihn die Ohnmacht. Ueber die steilwandige Bergstraße jagt ein Auto. Lichtkegel bohren sich in die Nacht Dunkelheit. Achtzig — neunzig — hundert Kilometer zeigt der Geschwindigkeitsmesser.

„Schneller!“ schreit der Insasse, der Grubenbesitzer, dem Chauffeur zu. Die Kunde vom drohenden Brandunglück erreichte ihn mitten in der Wochenendfeier. Von ferne schon sieht er den rötlich überzogenen Himmel. Er fiebert und rast. Die Hände krallen sich in die Siphonstöße.

Näher laufen sie der Brandstelle. Jetzt sind sie da. „Gott sei Dank“, bricht er aus, „die Grube ist verschont geblieben!“ Die Gewalt des Feuers ist eingedämmt, auf seinen Ursprungsherd beschränkt worden.

Betretet von einer zentnerschweren Angstlast, will er dem Brandmeister der Feuerwehr die Hand geben. Der aber zeigt auf einen am Boden liegenden Mann, um den sich Sanitäter bemühen.

„Da, danken Sie diesem Arbeiter! Ohne ihn wäre Ihr Besitz ein Raub der Flammen. Mannhaft stand er und wartete, bis wir eintrafen. Wir warten auf das Krankenauto. Brandwunden hat er erhalten, hoffentlich, das Krankheitsgefahrliche.“

„Das ist ja —?“ will der Chef beginnen.

„Das ist treue Pflichterfüllung Ihres alten Bergmanns, dem Sie heute den Vorschuß verweigerten und dessen Frau vielleicht in eben dieser Stunde, da sich ihr Mann für fremdes Gut einsetzte, mit dem Tode rang“, unterbricht ihn der herbeigeeilte Betriebsrat.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann!

A. Neumeister.

## Beim Brotessen in der Grube.

Schon vor einer ganzen Weile hatte der Besuch — der Obersteiger, der Betriebsführer und der Direktor — den Hauer Franz Hohlbauer verlassen. Aber Franz mußte wohl von dem hohen Besuch nicht erlöst gewesen sein, denn gar schlimm hörte man ihn noch schimpfen. Soeben kam Kurt, sein Lehrling, mit einem leeren Wagen und rief Franz zum Brotessen. Als der Gerufene an die Gezeihlsten kam, saßen dort schon die Kumpels aus den Nachbarstrecken und lauten mit vollen Backen. Stumm setzte sich Franz hinzu, spuckte den Priem aus und spülte mit einem Schluck Kaffee den Mund sauber. Dann schob Franz die Milze etwas zur Seite, kraulte sich auf dem Kopfe und stieß einen kräftigen Fluch aus. Dies war immer das Zeichen, daß sein Hirn Gedanken formuliert hatte, die ausgesprochen sein wollten.

„Gott verdamm' mich!“ legte Franz los. „Ich habe dieses Hundeleben satt. Diese Hunde von Beamten! Die reizen mich noch dornen, daß ich mich vergesse, und dann passiert etwas. Verlangt der Obersteiger von mir mehr Leistung, mehr Leistung! Wir blieben für einen Moment die Spunde weg. Mehr Leistung in diesem gottverfluchten Flöz, wo man wahrhaftig die Kohlen nicht von den Steinen und die Steine nicht von den Kohlen unterscheiden kann! Na, ich ließ den „Ober“ erst ausreden und dann sagte ich ihm meine Meinung. Auf einmal schrie mich der „Betriebsrat“ an: „Wenn 25 Jahren nicht paßt, können Sie ja Ihre Papiere holen!“ Und als ich die sofort verlangte, meckerte der Direktor: „Hä, hä, das könnte Ihnen so passen, das Arbeitslosensein, was? Vom Staat die schöne Pension dann beziehen und dem Herrgott die Tage stehlen! Nein, Hohlbauer, den Gefallen tun wir Ihnen nicht. Bleiben Sie mal schön hier unten bei Ihrer Arbeit. Das ist die beste Medizin für solche Radikale wie Sie einer sind. Glückauf!“ Und verschwinden waren alle drei. Es war auch ihr Glück, denn ich war gerade im Begriff, den Hammer dem Nächstehenden an den fetten Wanst zu schleudern. Aber das habe ich mir geschworen: noch einmal sollen die mir so kommen, dann geschieht etwas, dann passiert etwas!“

Nun, nachdem Franz sein Herz erleichtert hatte, begann er mit dem Brotessen. Der lange Zupp sagte zu ihm: „Wie oft hast du schon geschworen, daß mal was passiert. Und doch tust du keiner Fliege etwas zuleide!“ Und Emil spottete: „Den Franz schmeinen die von oben — die Beamten — besonders in ihr Herz geschossen zu haben!“

„Halt dein loses Maul, du“, erwidert ihm Franz, „sonst kriegste was drauf!“ Alle lachten. Sie wissen, daß Franz ein jeulensguter Kerl ist. Plötzlich schrie Emil und sprang erschreckt von der Kiste auf. Eine große, hungrige Katze hatte ihm das Butterbrot von der Kiste heruntergezogen.

„Verdammtes Vieh!“ schimpfte Emil. Wieder lachten alle. „Die Viecher werden immer dreister“, bemerkte einer. Zupp, der nicht organisiert war, fragte: „Wie ist denn mit der Lohnverhandlung? Werden wir den alten Lohn behalten oder weniger bekommen?“

„Dir täte das letztere nichts schaden“, rief Franz, „denn du willst es ja so haben!“

„Ach? Wieso!“

„Na, dann würdest du dich doch organisieren!“

„Ach, geh' doch weg mit dem Verband!“

„So! Jetzt magst du vom Verband nichts wissen. Das heißt: vom Beitragsgeldern. Wenn jedoch, wie augenblicklich, die Unternehmer einen Angriff auf die durch den Verband erkämpften Tariflöhne machen, dann schreist du: der Verband darf nicht nachgeben, ohne daß du ober dem Scherstein dabei ruft, um den Verband im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Du huldst also auch dem Sprichwort: Nehmen ist jülicher als Geben!“ Die anderen lachten. Und der Betroffene schwieg. Er war an seiner verwundbarsten Stelle getroffen. Mit dem Nehmen war es nämlich so: Zupp, der sich gern Kommunist nannte, ging oft noch zum Herrn Pastor und ließ sich von ihm allerlei geben, um seine angeblich in Not befindliche Familie zu unterstützen. Dabei war es mit der Not so, daß Zupp immer ein fettes Schwein im Stalle hatte. Nun gibt es doch überall

schlechte und neidische Menschen. Und einmal muß wohl so ein gemeines, niedriges Subjekt dem Pastor die süßige Not von Zupps Familie geschildert haben. Seit der Zeit ist Zupp beim Herrn Pastor abgemeldet. Dies alles ist nun aber nicht verborgen geblieben. Auch Zupps Kameraden hörten davon. Die stichelten und neckten den armen Notleidenden oft gar arg damit. Der konnte dies aber schlecht vertragen und begab sich dann immer gleich an die Arbeit. So auch jetzt. Schon hörte man seinen Abbauschläger rattern. Auf einmal war der Steiger bei den andern und brüllte:

„Verflucht nochmal! Ihr haltet hier eine gemütliche Sitzung und ich lauf mir bald die Hacken ab nach Kohlen! Das hört jetzt auf mit dem gemeinschaftlichen Brotessen. Ab morgen ist jeder sein Brot vor Arbeit!“

„So!? Wer bestimmt denn das?“ fragte Franz den Steiger. „Der Betriebsführer“, antwortete der Steiger giftig. Doch Franz ließ sich nicht aus der Ruhe bringen und sagte gelassen: „Dann kann er — der Betriebsführer — da in der mit Schwitzgeruch und Kohlenstaub erfüllten Luft Brot essen, aber ich tue es nicht!“

„Hohlbauer, zügelst Sie Ihre Worte! Sie wissen doch, daß Sie oben nicht gut angeschrieben sind!“

„Das ist mir ganz egal, aber auf der Nase herumtanzen laß' ich mir nicht!“

Der Steiger lenkte auf ein anderes Thema. Er sagte, der Direktor wäre mit der Leistung nicht zufrieden. Auch der Ausbau sei sehr schlecht. Und wenn er — der Steiger — nicht besser darauf sähe, müßte der Direktor ihn bestrafen, was zur Folge hätte, daß er — der Steiger — auch für — die Kumpels — bestrafen müsse. Und das wollten sie doch bestimmt nicht.

Der Steiger war sonst ein ganz vernünftiger Mann. Aber wenn die ihn von oben traten, dann wirkte sich dieses auch nach unten aus. Nachdem er sich entfernt hatte, gingen Franz und die anderen wieder an ihre Arbeit.

Vorbei war die Stille im Berg. Aus allen Dörtern tönte das Knattern der Abbauschläger, die wohl dem Bergmann Erleichterungen brachten, ihm aber auch früher seine Muskeln zerstören, Nerven- und Knochenkrankheiten hervorrufen.

Wie ein vielfaches Echo dröhnte und krachte es im Gebirge. Wagen rollen. Bremsen knirschen und pusten. Bohrhammer knarren. Sprengschüsse knallen. Schütteltrichter rattern und quitschen. Ventilatoren jammern. Pumpen zischen und stöhnen. Das ist der Rhythmus der Arbeit im Bergwerk von Erde, Mensch, Maschine.

Aber hört ihr Menschen da oben auf der Erdoberfläche auch die Schreie, die hier unten aus gequälten, geschundenen Menschenbrüsten auf zum Himmel hallen, weh- und anklagend? Nein! Ihr wollt sie nicht hören. Mit Verachtung straft ihr den schmutzigen Bergmann, den Arbeiter der Nacht, der, den Tod verachtend, müdig in die Tiefe fährt und im Leib der Erde die Kohlen schürft.

Ach, möge der Tag, an dem die Bergarbeiter der ganzen Welt, einig in sich selbst, zum Lichte, zur Freiheit streben, nicht mehr fern sein!

Alban Sommer.

## Müssen Kinder „angeregt“ werden?

In unserer heutigen so vergnügungsreichen und dabei innerlich so armen Zeit gibt es auch sehr viele Eltern, die voller Stolz und Befriedigung ihren Kindern etwas Gutes zu erweisen glauben, wenn sie sie mit zu Vergnügungen schleppen, ihnen Bälle anrichten, sie so bald wie möglich an Theater- und besonders Kinodarbietungen teilnehmen lassen. Sie sind überzeugt, dadurch ihre Kinder geistig anzuregen. Von den Träumen ihrer eigenen leergebrannten, unfruchtbar: Einbildungs- und Gestaltungskraft ausgehend, nehmen sie an, daß die Kinder ebensowenig aus sich selbst zu schöpfen vermögen, wie ihre bedauernswerten Eltern. Nichts ist falscher und gefährlicher als diese Voraussetzung, und um so mehr, je jünger das Kind ist. Gerade die Kinder der Vorkschulzeit besitzen das Vermögen, aus dem Nichts eine Welt zu schaffen. Ein Stück Holz ist bald Puppe, bald Hund oder Kage; die Fußbank wandelt sich nach Bedürfnis zum Wagen, zum Schiff oder zum Pferd und zur Kuh. Jeder Stock wird zum Säbel, zur Fahne oder zum Gewehr. In diesem Reich ist das Kind unbeschränkter Herrscher aller Dinge; aber auch umgekehrt beherrschen die Dinge und die Vorstellungen, die das Kind an sie knüpft, wiederum das Kind; an ihnen wachsen seine geistigen und körperlichen Kräfte, denn für das spielende Kind ist das Spiel das eigentliche Leben. In diesem seinen Leben will und darf es nicht gestört werden. Schon Ereignisse des Tages können ein Kind bis in den Traum hinein verfolgen und ihm schwer wieder auszutretende Schäden beibringen. Mein dreijähriges Töchterchen geriet in ängstliche Erregung, als ich ihr auf dem Felde eine aufsteigende fingliche Lerche zeigte; und das jetzt zweijährige Töchterchen eben dieser Tochter schreckte aus dem Schlaf auf, weil ein Huhn tags zuvor sie am Fingerchen gepickt hatte.

Mit zunehmendem Alter und wachsenden Kenntnissen zieht das Kind die Gegenstände seiner Umgebung mehr und mehr in das Reich seines Spiels und begnügt sich selbstverständlich nicht mehr mit Stock und Fußbank. Es durchläuft bis an die Grenze der Entwicklungszeit braucht es durchaus keine An- und Erregungen der Art und in der Aufmachung, wie sie viele Erwachsene nötig zu haben glauben. Es tummelt sich immer noch im Reich des Spiels und bevölkert es mit den Gestalten seiner Einbildungskraft bis hinauf zu Helden, Räubern, Prinzen oder Indianern. Reizen wir das Kind aus dieser in ihm erwachsenen Welt heraus, indem wir ihm die gewollten, auf Schein und Wirkung berechneten Bilder der Leinwand oder der Bühne gewalttätig einhämmern oder es gar in die verführte Erotik des Ballsaals einführen, so verflücken wir seine Empfindung, wir übersteigern seine Einbildungskraft durch die schwüle Treibhausluft der Sinnlichkeit; wir vertreiben das Kind vorzeitig aus seinem Paradies, in dem es langsam dem natürlichen Ende der Kindheit entgegenreife. Kann es wundernehmen, daß aus diesen geil emporschießenden Trieben keine gefunden, kräftigen Bäume erwachsen? Deshalb laßt das Kind in der Ruhe seines Elternhauses, seines Spieles und seiner natürlichen Entwicklung. Verfündigt euch nicht an der Knospe, indem ihr sie vor der Zeit zum Blühen bringt!

**5.** Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit **Woche vom 25. bis 31. Januar 1931**



# 18prozentiger Lohnabbau im Eisensteinbergbau Lahn-Dill-Oberhessen.

## Die Aussperrung der Bergleute unvermeidlich.

Die Bergarbeiter des Eisensteinbergbaues Lahn-Dill-Oberhessen stehen vor schweren Auseinandersetzungen mit den Unternehmern. Im Dezember 1930 wurde die geltende Lohnliste von den Unternehmern gekündigt. Anfang Januar unterbreiteten sie ihrem Verband ihre Forderungen. Diese Forderungen machen im Durchschnitt eine Lohnsenkung von 18 Proz. aus. Die Senkung beträgt in einzelnen Gruppen sogar 26 Proz. Damit werden die Löhne nur noch 3,87 bis 4,50 M. statt 4,65 bis 5,35 M. bisher betragen. Es ist nicht nur beabsichtigt, eine allgemeine prozentuale Lohnsenkung der einzelnen Lohngruppen im gleichen Maße herbeizuführen, sondern man hat auch die Gruppeneinteilung der Lohnliste gekündigt. Nach dieser beabsichtigten Gruppeneinteilung sollen mehrere Gruppen aus der Lohnliste ganz verschwinden. Der Zweck, den die Arbeitgeber dabei verfolgen, ist offensichtlich. Sie wollen alle Arbeiter, die nicht zur Gruppe der Hauer oder Handwerker gehören, in die Gruppe der sonstigen Schichtlöhner einruppeln und sie mit 3,87 M. entlohnen. Außerdem soll die Samstagsschicht, in der für die Ubertagearbeiter die Nachmittagschicht gilt, nicht mehr voll bezahlt werden. Die Lohnsenkung würde unter Berücksichtigung der geforderten Umgruppierung der Lohnliste bei nachgeordneten Lohngruppen sich wie folgt auswirken:

Lohnermäßigung	von	auf	M.	=	15,7 %	oder	84 Pf.
bei Hauern	5,35	4,51	M.	=	15,7 %	oder	84 Pf.
bei sonstigen Schichtlöhnern	4,65	3,87	M.	=	17 %	"	78 Pf.
bei Lokomotivführern	5,85	4,30	M.	=	26 %	"	155 Pf.
bei Schichtarbeitern	5,03	3,98	M.	=	20 %	"	105 Pf.
bei Ubertagearbeitern	5,10	3,98	M.	=	22 %	"	112 Pf.

Hierzu kommt dann der Ausfall für die Samstagsschicht, der etwa rund 2 Prozent ausmacht. Damit würden die Löhne auf diejenigen des Jahres 1926 zurückgeschraubt.

Zu diesen Forderungen nahmen die Funktionäre der Geschäftsstelle Glehen in einer Konferenz Stellung. Kamerad Becker, Bezirksleiter in Herborn, erstattete über die bisher geführten Verhandlungen Bericht und referierte über die Lage des Eisensteinbergbaues und über die Maßnahmen des Verbandes zu dem Lohnstreik. Er betonte dabei, daß die schwierige Lage des hiesigen Bergbaues zwar anerkannt werden muß, daß sie aber niemals zu derartigen Lohnsenkungen Anlaß gibt. Die Schwierigkeiten aber seien nicht zuletzt von den Unternehmern selbst herbeigeführt worden. So haben die Hüttenunternehmer Erzlieferungsverträge mit dem Ausland bis zum Jahre 1940 abge-

schlossen. Diese Verträge müssen eingehalten werden, während der deutsche Bergmann arbeitslos wurde. Die Unternehmer begründen ihre Forderungen weiter damit, daß die Eisenpreise nur gesenkt werden können, wenn auch der Erzpreis heruntergeht. Dieses aber sei nur möglich bei entsprechender Lohnsenkung.

Kamerad Becker teilt mit, daß die Unternehmer beabsichtigen, die Arbeit nur unter den von ihnen geforderten Bedingungen ab 1. Februar weiterzuführen, und schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, daß die Bergarbeiter unter diesen Umständen am 1. Februar die Anfahrtsverweigerung. Die Konferenz nahm einstimmig folgende Entscheidung an:

„Die am 11. Januar 1931 in Glehen tagende Konferenz der Bergarbeiter des Eisensteinbergbaues Lahn-Dill-Oberhessen erhebt gegen die beabsichtigte Lohnsenkung von im Durchschnitt 18 Prozent den schärfsten Protest. Sie richtet diesen Protest in erster Linie an die Arbeitgeber, weiter an den Schlichter und die übrigen Öffentlichkeit.“

Die Bergarbeiterlöhne sind im ganzen Bezirk die niedrigsten. Bei allen früheren Lohnverhandlungen wurde auf die Kostlage des Eisensteinbergbaues Rücksicht genommen. Bei der jetzigen allgemeinen Lohnabbaubewegung sollen die Bergarbeiterlöhne wiederum in verstärktem Maße abgebaut werden. Die jetzigen Löhne betragen nur 4,65 bis 5,35 M. je Schicht. Nach den Forderungen sollen sie auf 3,87 bis 4,30 M. gesenkt werden.

Die Arbeitgeber begründen ihre Forderung mit dem Rückgang des Absatzes. Dieser Absatzrückgang ergibt sich neben der allgemein schlechten Wirtschaftslage vor allen Dingen aus dem Umstand, daß die Hüttenbesitzer Erzlieferungsverträge mit dem Ausland bis zum Jahre 1940 abgeschlossen haben. Betriebsstilllegungen, Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen im Inland sind die üblen Auswirkungen einer solchen Wirtschaftspolitik. Derselbe Widerstand ergibt sich bei der Hoheisenbewirtschaftung. Der Hoheisenpreis deutscher Erzeugnisse steht im Inland durchweg 25 Prozent höher als im Ausland. Der deutsche Arbeiter soll die Kosten einer solchen Wirtschaftsführung durch niedrige Löhne tragen.

Die Konferenz fordert von den Regierungen und allen in Frage kommenden Instanzen energische Abwehr einer Lohnpolitik, die die Lebenshaltung der Arbeiterschaft im allgemeinen und die der Bergarbeiter in diesem Bezirk insbesondere auf einen Stand herabdrückt, der die Not in den Arbeiterfamilien immer mehr vergrößert.“

## Aus dem Ruhrgebiet.

### Der „Fachmann“ Kröhnert.

#### Was für Elemente sich auf den Bergrevierämtern herumtreiben!

Einige Artikel über Grubensicherheit, die nach den letzten großen Unglücken in einigen bürgerlichen Zeitungen erschienen, gaben Veranlassung, uns den Verfasser mit Namen A. Kröhnert (Buer) näher anzusehen. In diesen Artikeln wird unter Verband angepöbelt und die Einrichtungen zur Hebung der Grubensicherheit sowie die derzeitige Staatsordnung lächerlich gemacht. Der Mann, der z. B. nach den Berichten der „Buerischen Zeitung“ ein „Fachmann“ sein soll, sieht folgendermaßen aus:

Als Westpreuze im Alter von 17 Jahren zum Militär eingezogen. Schreibstubenarbeit. Nach Kriegsende Ausbildung im Maschinenbau. Wahrscheinlich auch beim „Grenzschutz“. 1922 einige Monate als Hilfswachmeister bei der Schutzpolizei. Schreibstubenarbeit. Von dort entlassen. (Wegen Untauglichkeit?) Ab 1. April 1923 Hilfssekretär beim Bergrevieramt Buer und später Mitglied der SPD., jedoch nie ein überzeugter Parteianhänger und nie den Parteipflichten nachgekommen. Zweck: Polienjäger! Versuchte, 1926 als Sekretär beim Arbeitsgericht in Gladbeck unterzukommen. Schnornte bei Freigewerkschaftern und Sozialdemokraten um Fürsprache. Um seine Fähigkeit zu beweisen, lieferte er unserer Geschäftsstelle Buer-Gladbeck Material über angebliche Vorgänge beim Bergrevieramt in Buer, von ihm „Saufall“ genannt. Unsere Kameraden erkannten den Anstreichler und verzichteten auf das Material. Auch wurde der Bitte um Fürsprache nie entsprochen. Das „Material“ gelangte später durch andere Personen an die vorgelegte Behörde und stellte sich als Bluff heraus. Der beabsichtigte Sekretärwechsel blieb aus.

Kröhnert war in der Sozialdemokratischen Partei bereits als Parteischädling erkannt und stand kurz vor dem Hinauswurf. Da erklärte er seinen Austritt mit der Begründung, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Notverordnung gestimmt hätte. Das war im Herbst 1930. Jetzt bekennet sich Kröhnert zu den Nazis, schimpft über Severings „Volksbetrug“, über den „Saufall in Preußen“, über den „Partei-bongensstaat“ und so ähnlich. Der geistige Nährvater Kröhnerts ist der Bergpat Bolster, dessen geistiger Nährvater wieder der „Völkische Beobachter“ ist. Dieser Bergpat ist so des Lobes voll über Kröhnert, daß er bei seinen Befahrungen auf den Zechen davon überhäuft. So sagte er in Gegenwart eines Betriebsauschussesmitgliedes, daß „Kröhnert der richtige Mann ist, um mit der Korruption in Deutschland aufzuräumen“. Hierbei nannte Bolster einen sozialdemokratischen Kommunalbeamten, der 1200 M. Monatsgehalt beziehen sollte. Dieser Kommunalbeamte erfüllt tatsächlich nicht und wurde dem Bolster von Kröhnert aufgebunden. Ursprünglich gehörte aber auch Bolster zu Kröhnerts „Saufall“-Insassen.

Die literarische Hauptleistung Kröhnerts findet man in der „Buerischen Zeitung“ (Nr. 343 vom 16. Dezember 1930), betitelt: „Das Unfallkontrollwesen reformbedürftig. Die Lehren der letzten Grubenunfälle. Raubbau: Sorgen eines Fachmanns zur Grubenkontrolle“. Derselbe Artikel befindet sich auch in der „Bergfreiheit“, Zeitschrift des Verbandes oberer Bergbeamten (Nr. 1, Jahrgang 1931). Die Ueberschrift ist etwas abgeändert. Der Inhalt stimmt vollkommen überein, nur mit dem Unterschied, daß beide Redaktionen offensichtlich nach Belieben Absätze gestrichen haben. Die „Bergfreiheit“ beliebt es allerdings, gerade die knalligsten Stellen gegen die Arbeiterorganisationen, die Grubenkontrollure und den „Bongensstaat“ usw. mit zu übernehmen. So ist da die Rede von „gut bezahlten Pöstchen“ (gemeint sind die Grubenkontrollure, deren Bezahlung tatsächlich nicht wesentlich über dem Hauerdurchschnittslohn steht), von „Staatspöstchen“, von „Partei-bongensherrschafft“ usw.

Ausgerechnet Kröhnert ist berufen, als „Fachmann“ in einer Presse, die solchen geistlosen Minderwertigkeiten gern ihre Spalten öffnet, zu schreiben — ein Fachmann, der noch nie Grubenluft gerochen hat! Ausgerechnet ein solcher Intrigant und

Postenschleicher ist berufen, moderne Errungenschaften zu bekämpfen. Wahrhaftig, der kommende Mann des dritten Reiches! Er hat sich der Arbeiterorganisation genähert, um Posten zu ergattern, und kam naturgemäß nicht auf seine Rechnung. Jetzt schimpft er über den „Partei-bongensstaat“, um sich bei anderen anzuschleimen und „Pöstchen“ zu ergattern. Seine Förderer sind seiner würdig. Sie sollen ihn haben!

## Funktionärkonferenzen.

Die Geschäftsstelle Hamm hatte am 16. Januar in das Lokal Kemp in Ramen und am 17. Januar in das Lokal Fischer in Hamm ihre Funktionäre zusammengerufen, um zu der vergangenen Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Als Referenten erschienen in Ramen der Kamerad Dehmel und in Hamm der Kamerad Schüttrigkeit. Die Stimmung und der Geist dieser großen Funktionärkonferenzen spiegelt sich am besten in der Entscheidung wider, die von allen Anwesenden gegen eine Stimme angenommen wurde. Sie lautet:

„Die am 16. Januar im Lokal Kemp in Ramen und am 17. Januar im Lokal Fischer in Hamm tagenden Funktionärkonferenzen des Bergbauindustriearbeiterverbandes sind mit dem Ausgang der Lohnbewegung nicht zufrieden. Die Funktionäre sehen auf dem Standpunkt, daß der Schiedspruch das größte Unrecht ist, das den Bergarbeitern zugefügt werden konnte. Kein Stand hat soviel Opfer für die Volkswirtschaft gebracht wie die Bergarbeiter. Die Konferenzen erkennen an, daß die Vertreter des Verbandes alles getan haben, um die Interessen der Verhandlungsmitglieder zu wahren. Sie sprechen dem Vorstand und den Verhandlungsteilnehmern ihr volles Vertrauen aus. Sie verurteilen aufs schärfste den von der SPD. inszenierten Streik und die Gründung einer neuen Organisation, da jede Neugründung nur eine weitere Zersplitterung der Arbeiter ist und deshalb die Arbeiter schwächt und die Unternehmer stärkt.“

Die Bergarbeiter verlangen, daß, wenn ein Lohnabbau von der Regierung auf Grund der Schlichtungsordnung erzwungen wird, dann auch die Regierung verpflichtet ist, vorher für den notwendigen und möglichen Preisabbau mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln durchzudrücken.“

## Bezirk Oberschlesien.

### Die Revierkonferenz zum Lohnabbau.

In der am 18. Januar in Beuthen stattgefundenen Funktionärkonferenz des Bezirks Oberschlesien führte der Bezirksleiter zu dem erfolgten Lohnabbau u. a. folgendes aus:

Der von uns schon lange befürchtete Zustand ist eingetreten. Arbeitgeber, Schlichter und Ministerium arbeiten Hand in Hand, um das Elend der ober-schlesischen Bergarbeiter noch zu vergrößern. Es ist ein Raubzug auf die Lebensmöglichkeit der Bergarbeiter. Die Bergarbeiterfamilien werden nur mit größter Erbitterung daran denken. Auch der übrigen Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebiets kann die Ausplünderung der Bergarbeiter, dem einzigen Massentumult, hängt auch die Existenz der Geschäftswelt, Handwerker und anderer Industriezweige ab. Innerhalb des Jahres 1930 sind 17 000 Bergarbeiter entlassen worden. Weit über eine Million Feierlichkeiten wurden eingelegt. Die Feierlichkeiten brachten allein einen Lohnausfall von 7,5 Mill. M. Die Not war ohne Lohnabbau schon groß. Die Pumpwirtschaft steht in nie dagewesener Blüte, Wieten können nicht bezahlt werden, Ermittlungen finden täglich statt, der Gerichtsvollzieher ist ständiger Gast.

Die Folgen des 14. Septembers kommen zur Auswirkung! Hingru tritt das unerantwortliche Treiben der Kommunisten, ferner die geringe Organisationsstärke der ober-schlesischen Bergarbeiter. Von allen Seiten wird Zersplitterung in die Arbeiterschaft getragen. Offensichtlich werden die größten Anstrengungen gemacht, um gerade in den Reihen der Bergarbeiter Verwirrung zu schaffen. Hier finden sich immer Dumme genug, die auch dem größten Blödsinn nachlaufen.

Die Arbeitgeber sind einheitlich bis zum kleinsten organisiert. Ihr Ziel ist die Zerschlagung der Gewerkschaften. Die Kommunisten ziehen einen eigenen sogenannten Einheitsverbandsladen

auf mit dem ausgesprochenen Ziel, die Gewerkschaften zu vernichten. Es ist eine Einheitsfront der Unternehmer und der Kommunisten, beide Einrichtungen verfolgen den gleichen Zweck: Die Folge davon ist, daß die Unternehmer den Hungerriemen der Bergarbeiter immer enger ziehen dürfen, ohne daß die einzelnen Bergarbeiter sich erfolgreich wehren können. Die Irreführten und Unorganisierten merken das nicht oder wollen es nicht begreifen. Alle, die unserer Organisation fernstehen, haben keinen Grund und kein Recht, sich über die Dinge zu beschweren, die sich zum Nachteil der Bergarbeiter entwickelt haben. Nur sie haben das brutale und rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer ermöglicht. Sie sind die Helfer des Kapitals! Auch in Zukunft werden diese die Totengräber ihrer Familie und ihrer Mitmenschen sein, wenn sie nicht Vernunft annehmen und Mitkämpfer in unserem Verband werden.

Nach sind die Gefahren der weiteren Verschlechterungen von Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Bergarbeiter nicht beilegt. Der jetzige Lohnvertrag hat nur Geltung bis zum 31. Juli 1931. Die Unternehmer verlangen eine kürzere Geltungsdauer, da der Arbeitslohn ihnen noch zu hoch ist. Sie verlangen weiteren Lohnabbau! Hiergegen muß organisierte Selbsthilfe geliebt werden, denn es gibt keinen anderen Ausweg. Deshalb ergeht in letzter Stunde an alle Bergarbeiter erneut die dringende Aufforderung: Tretet alle ein in die freien Gewerkschaften, in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Nach einer ergiebigen Diskussion nahm die Konferenz gegen einige Stimmen folgende Entscheidung an:

„Die am 18. Januar 1931 im „Volkshaus“ in Beuthen tagende Konferenz der Funktionäre des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, an der auch Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes sowie des Verbandes der Maschinisten und Heizer teilnahmen, erhebt schärfsten Protest gegen den sechsprozentigen Lohnabbau. Daß der Schlichter Professor Dr. Brahn sowie der Reichsarbeitsminister einseitig dem Willen der Arbeitgeber entsprochen haben, ist vollkommen unverständlich und muß in der gesamten Bergarbeiterchaft berechtigter Empörung hervorrufen. Die jetzt schon bestehende große Not der ober-schlesischen Bergarbeiterfamilien wird dadurch ins Unermeßliche gesteigert. Das Vorgehen der Arbeitgeber im Bunde mit Schlichter und Reichsarbeitsminister muß den Eindruck erwecken, daß die ober-schlesische Arbeiterschaft absichtlich zur Verzweiflung getrieben werden soll. Bei Lohnaufbesserungen wurden wir stets hintangehalten, beim Lohnabbau sind wir die ersten. Trotz höchster Leistung haben wir die niedrigsten Löhne. Die Lohnifferenz gegenüber anderen Revieren wird immer größer. Die Lebensmöglichkeit wird dadurch offensichtlich vernichtet.“

Die Funktionäre wissen, daß der Lohnabbau in dem Ausmaße nur infolge der Uneinigkeit der ober-schlesischen Bergarbeiter erfolgen konnte. An der Uneinigkeit trägt die Wühlarbeit der Kommunisten den größten Teil der Schuld. Seit Jahren hegen sie gegen die Gewerkschaften und deren Einrichtungen, früher verdeckt und heute sogar öffentlich. Daß die Kommunisten nicht die Interessen der Arbeiterschaft vertreten, beweist ihr letzter Streikputsch, bei dem ganz klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Streik nicht für die wirtschaftlichen Interessen der Bergarbeiter ausgetragen wurde, sondern für politische Ziele.

Die Konferenzteilnehmer billigen einmütig die Haltung ihrer Verbandsleitung und geloben, allen Arbeiterfeinden, ob von rechts oder links, mit allen verfügbaren Mitteln ein Baroli zu bieten. Es soll nichts unversucht bleiben, Irreführte und Unorganisierte als Kämpfer in die freie Gewerkschaftsbewegung einzugliedern. Nur in einer starken Organisation ist die Macht der Arbeiterschaft begründet und somit der eigene Schutz gewährleistet.“

## Ostelbien.

### Arbeiterelend im ostelbischen Braunkohlenrevier.

Vor uns liegt der Lohnzettel eines Arbeiters aus dem Randgebiet I (Grube Hermann bei Weißwasser), der das ganze Elend der Braunkohlenarbeiter zeigt. Dieser Arbeiter hat Frau und ein Kind und erhielt einschließlich sämtlicher Zulagen in den vier Dezemberwochen folgenden Barlohn:

Woche	Schichtzahl	Barlohn pro Schicht	Barlohnzahlung pro Woche
1. 12. bis 7. 12.	5	4,78 M.	23,89 M.
8. 12. bis 14. 12.	5	4,61 M.	23,07 M.
15. 12. bis 21. 12.	5	4,89 M.	24,43 M.
22. 12. bis 28. 12.	4	4,70 M.	18,80 M.

Insgesamt hat also dieser Arbeiter in den vier Wochen 90,19 M. ausgezahlt erhalten, wovon er Wohnung, Kleidung, Nahrung und sonstige Bedürfnisse für die dreiköpfige Familie bestreiten soll. Man wird sagen, das ist nur ein einzelner. Aber auch bei den Gedingearbeitern ist es nicht besser. Auch hier zeigen Wochenlohnzettel Barauszahlungen von 27,33, 24,65, 32,55 M., das sind je Schicht 5,59, 4,93, 6,51 M. Auch hier sind es Arbeiter, die Frau und Kind zu ernähren haben und im Gedinge arbeiten. Um wieviel schlechter sieht es in den Randgebieten II, III und IV aus, wo die Löhne noch niedriger sind als auf diesen Gruben! Es ist kein Wunder, daß bei weiterem Einsetzen von Feiertagschichten, ja vielfach bei voller Arbeit, die Gemeinden Wohlfahrtsunterstützungen zahlen müssen sogar für in Arbeit stehende Arbeiterfamilien! Wie unter solchen Verhältnissen die Unternehmer des Braunkohlenbergbaues den Standpunkt vertreten wollen, daß die Löhne zu hoch seien, ist unerklärlich. Notwendig ist vielmehr, daß einer derartigen Ausbeutung der Arbeitskräfte ein Riegel vorgeschoben wird. Schließlich muß doch derjenige, der die schwere Arbeit im Bergbau verrichtet, soviel erhalten, daß es ihm möglich ist, mit seiner Familie leben zu können.

Furchtbar ist die Wirkung der Krise für die Arbeiterfamilien der Oberlausitz geworden, wie nachstehende Wochenlohnverdienste von Familienvätern der Gruben Glückauf und Wilhelmsee zeigen:

Nr.	Lohngruppe	Barlohn pro Woche	Schichtzahl	Barlohn pro Arbeitsschicht
1.	Schichtlöhner	14,00 M.	3	4,67 M.
2.	"	13,19 M.	3	4,40 M.
3.	"	13,00 M.	3	4,34 M.
4.	"	13,00 M.	3	4,34 M.
5.	"	13,35 M.	3	4,45 M.
6.	Gedingearbeiter	22,00 M.	3	7,33 M.
7.	"	19,92 M.	3	6,64 M.
8.	"	16,63 M.	3	5,54 M.

Aus Ostelbien ist Hungaria geworden! Mit 20 M. bis herab zu 13 M. Wocheneinkommen lassen sich die Bedürfnisse der Bergarbeiterfamilien nicht befriedigen. Das sollten auch Regierung und Wirtschaftsführer einsehen. Nicht Nazis und Kozis beseitigen durch ihre Zersplitterung dieses Elend, sondern sie helfen den Zustand im Interesse des Kapitals verlängern. Die Braunkohlenarbeiter müssen durch Anschluß an den Verband unter mühseligen Opfern aus eigener Kraft sich durch- und aufwärtsringen!



### Verlängerung der Höchstbezugsdauer in der Krisenfürsorge.

Der Reichsarbeitsminister hat durch neuesten Erlaß angeordnet, daß für Arbeitslose, die am 3. November 1930 bereits Krisenunterstützung bezogen haben, die frühere Unterstützungshöchstdauer von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1931 aufrecht erhalten bleibt.

Damit werden die Uebergangsbestimmungen des Erlasses über Personenzahl und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 außer Kraft gesetzt. Diese Uebergangsbestimmungen besagten bekanntlich, daß Krisenunterstützungsempfänger, die am 10. Januar 1931 die jetzt gültige Höchstbezugsdauer von 32 bzw. 45 Wochen (bei Arbeitslosen über 40 Jahren) erreicht oder überschritten hatten, am 17. bzw. 24. Januar auscheiden mußten.

Die bereits vor dem 3. November 1930 im Krisenunterstützungsbezug befindlichen Arbeitslosen bleiben also im Unterstützungsbezug bis zur Erschöpfung der alten Bezugsdauer von 39 Wochen und die über 40 Jahre alten Arbeitslosen einer solchen von 52 Wochen, aber nicht über den 28. März 1931 hinaus.

Unberührt bleibt durch diesen Erlaß die Bestimmung, daß die Höchstbezugsdauer für die nach dem 3. November 1930 entstandenen Krisenunterstützungsfälle 32 Wochen und bei Arbeitslosen über 40 Jahren 45 Wochen beträgt.

### Weitere Hungerlöhne.

Nicht bloß in den Randgebieten des ostelbischen Braunkohlenbergbaues, sondern auch im Kerngebiet bei Senftenberg ist das Elend der Braunkohlenarbeiter groß. Vor uns liegt der Lohnnachweis eines Arbeiters von Viktoria II für mehrere Wochen, der Frau und zwei Kinder zu ernähren hat und der noch nicht am schlechtesten beschäftigt wurde. Dieser Arbeiter verdient:

Lohnwoche	Schichten	Wochenlohn
27. 10. bis 2. 11. 1930	4	23,00 M.
3. 11. bis 9. 11. 1930	6	34,50 M.
10. 11. bis 16. 11. 1930	5	27,70 M.
17. 11. bis 23. 11. 1930	4	2,50 M.
24. 11. bis 30. 11. 1930	5	24,10 M.
1. 12. bis 7. 12. 1930	5	28,70 M.

in sechs Wochen 140,50 M.  
hinzu abgehaltene Wohnungsmiete 24,00 M.

164,50 M.

Das sind im Durchschnitt der Woche 27,60 M. oder 110,50 M. im Monat, wovon die gesamten Bedürfnisse einer vierköpfigen Familie bestritten werden müssen. Noch trauriger sieht es bei kürzerer Beschäftigung aus, wie vier Lohnbeuteln von den Senftenberger Kohlenwerken bewiesen:

Nr.	Frau	Kinder	Schichten	Wochenlohn
1	1	3	3	16,30 M.
2	1	2	3	14,00 M.
3	1	3	3	20,00 M.
4	1	3	3	16,10 M.

Elf Lohnnachweise von der Ilse AG. weisen bei drei Schichten Beschäftigung Wochenlöhne von 11 bis 22 M. auf. Im Durchschnitt ist an diese elf Arbeiter ein Wochenlohn von 18,45 M. gezahlt worden. Mit derartigen Wochenlöhnen müssen die Familien langsam verhungern. Es wird allerhöchste Zeit, daß man auf Unternehmer- und Regierungsseite einseht, daß die Kosten der Technisierungs- und Rationalisierungsstrife nicht auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden können. Je geringer das Einkommen der Arbeitnehmer, um so geringer der Verbrauch und um so größer das Mißverhältnis zwischen Produktionsmöglichkeit und -absatz. Mancher Geschäftsmann steht müßig hinter seinem Ladentisch und wartet auf Kunden. Es kommen keine. Warum? Weil die Arbeiter nichts kaufen können, die Unternehmer selbst ihre Kaufpläne haben und sich die nicht vorhandenen Artikel von auswärtigen Engrosgeeschäften beschaffen. Trotzdem läuft er dem Nazi und Kazi und wer weiß wem sonst noch nach, ohne zu merken, daß er sich ins eigene Gesicht schlägt und seine Lage noch verschlimmert. Die Kaufleute hätten alle Ursache, Schulter an Schulter mit den Arbeitern gegen wirtschaftliches Absinken zu kämpfen. Sozial Einsicht geht aber über ihren Gesichtskreis hinaus. Sie lassen die Arbeiter mit ihren gewerkschaftlichen Organisationen dem Kampf allein kämpfen.

### Aus Mitteldeutschland.

#### Verlängerung des Tarifvertrags für die Kaliindustrie.

Die Verhandlungen für die Kaliindustrie haben zu einer Vereinbarung geführt, die in verschiedenen Punkten eine kleine Verbesserung bedeutet. Tarifvertrag, Mehrarbeitsabkommen und Lohnstafel bleiben in Kraft, so daß weder von Arbeitszeitverkürzung noch vom Lohnabbau die Rede ist. Kündigung kann frühestens zu Ende September 1931 erfolgen. Die bisher gezahlten Leistungsprämien und -zulagen bleiben bestehen, soweit die betrieblichen Verhältnisse sich nicht ändern. (Diese Vereinbarung statt der früheren Protokollnotiz bedeutet eine Verbesserung.)

14-, 15- und 16jährige Arbeiter erhalten vier statt drei Tage Urlaub, 14jährige schon dann, wenn sie ein halbes Jahr ununterbrochen auf einem Werk gearbeitet haben.

Die Unternehmer erklären sich weiter bereit, Belegschaftsmitgliedern zur Teilnahme an Belehrungskursen der Gewerkschaften unbezahlten Urlaub zu geben, wenn nicht dringend betriebliche Verhältnisse dem entgegenstehen.

#### Wertsgemeinschaftsparadies auf Beuna.

III.

Das Ergebnis der Betriebsratswahl auf den Beunaer Kohlenwerken im letzten Jahre war, daß im Arbeiterrat sich die freien Gewerkschaften und die Gelben mit 4 zu 4 gegenüberstanden. Im Betriebsrat aber hatten die Gelben die Mehrheit. Im Arbeiterrat entschied das Los, wer Vorsitzender wurde. Der von den Gelben vorgeschlagene fattfam bekannte Steindorf, seines Zeichens Markenkontrollleur, hatte auch hier Glück und wurde Vorsitzender im Arbeiterrat.

Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften wußten nun, was bevorstand. Kannten sie doch diesen Steindorf schon, bevor er vom Direktor Gebhardt als Markenkontrollleur angestellt wurde. Derselbe Steindorf wurde in den Jahren 1921 und 1922 vom christlichen Gewerksverein beauftragt, die Bergarbeiter im Geiseltal zum Kampf gegen die Unternehmer zu organisieren.

# Was will die Zechen- oder Wertszeitung?

Mit der Zechenzeitung wollen die Unternehmer ihrem Zielstreben nach „Eroberung der Seele des Arbeiters“ dienen. Der Arbeiter soll vor der „Gefahr des Marxismus“ bewahrt bleiben. Deshalb will man seinen Geist, seinen Sinn umnebeln, damit er die Ursache seines Elends nicht erkennt.

Unter Marxismus verstehen die Unternehmer die Gewerkschaftspolitik. Das Streben nach höheren Löhnen, nach Arbeitszeitverkürzung, nach Mitbestimmung über die Arbeiterverhältnisse, das alles ist bei ihnen Marxismus. Sie gebrauchen dieses Wort nur, um ihre eigentliche Absicht zu verschleiern.

Sie können nicht sagen: wir sind gegen hohe Löhne, wir sind gegen Arbeitszeitverkürzung, wir sind gegen Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Würden sie das tun, dann wüßte der Arbeiter sehr bald Bescheid. Sie machen es deshalb anders und bekämpfen die Gewerkschaften. Sie wissen, daß nur mit Hilfe der Gewerkschaften Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Verbesserung des Arbeitsverhältnisses möglich ist. Gelingt es ihnen nun, die Arbeiter den Gewerkschaften fernzuhalten, dann wächst ihre eigene Macht zur Abwehr der Gewerkschaftsforderungen.

Da spielte dann die Frage eine Rolle für die Unternehmer, wie sie wohl an die Arbeiter herankommen. Würden die Unternehmer Versammlungen einberufen, dann würden wahrscheinlich keiner oder nur wenige Arbeiter dahin kommen. Deshalb kam man auf den schlaunen Gedanken, das, was man dem Arbeiter sagen wollte, schriftlich zuzustellen. Was lag da näher, als dies über den Weg einer Zeitung zu tun! Besonders, wo man doch soviel Geld hat wie die Unternehmer. Sie wissen aber auch, daß der Arbeiter diese Zeitung nicht gegen Geld kaufen würde. Deshalb wird die Zeitung einfach dem Arbeiter geschenkt. „Vogel, friß oder stirb“, denkt der Unternehmer.

Und so wie man einem Kinde in die Medizin Zucker mischt, damit es dieselbe auch schluckt, so verzuckert man auch die „politische Medizin“ in den Wertszeitungen. Wer eine solche Zeitung in die Hand nimmt, der muß, oberflächlich besehen, zugestehen, daß sie „wirklich schön“ ist. Auf jeder Seite ein schönes Bild irgendwoher „aus aller Welt“, auch schöne Zechenbilder sind da, schöne „Geschichtchen“ stehen auch drin, dann eine Familienchronik darüber, ob der Hannes oder der Wilhelm Hochzeit feierten, oder seine Frau ein Kind bekam, ob Sohn oder Tochter, ob es so oder so heißt, kurz, „riesig interessante“ Sachen stehen da drin. Und das liest alles der Kumpel oder seine Frau ja doch zuerst, nicht wahr?

Steindorf merkte sehr bald, daß der Kampf mit den Unternehmern gegen die Arbeiter leichter ist. Den Judaslohn (Markenkontrollleurposten) löste er mit dem Versprechen ein, Gebhardt in seinem Bestreben, die Gewerkschaften auszurufen, zu unterstützen. Nunmehr mußte er als Arbeiterratsvorsitzender verjucken, sein Versprechen einzulösen.

Jetzt konnte Direktor Gebhardt die Betriebsräte ganz ausschalten, hatten doch die Gelben die Mehrheit. Im Arbeiterrat wurden alle Anträge unserer Betriebsräte abgelehnt. Die Zustimmung zu Maßnahmen, die Gebhardt brauchte, hatte er schon vorher in der Tasche, die Gelben waren mit allem, was ihr Herr und Meister wollte, einverstanden.

Steindorf trägt die Schuld daran, daß Angestellte, die schon jahrelang auf dem Werk beschäftigt waren, entlassen wurden. Er stimmte ohne Bedenken zu, daß die monatliche Lohnberechnung eingeführt wurde, die diese Entlassungen möglich machte. Solange die Betriebsräte der freien Gewerkschaften noch die Mehrheit hatten, wurde das alles abgelehnt. In den letzten Jahren hatte man den Kumpels wenigstens eine halbe Stunde für Frühstück oder Mittag gelassen. Hier sorgte Steindorf mit dafür, daß auch diese Pausen um 5 bis 10 Minuten gekürzt worden sind.

Unseren Betriebsräten aber, die ihre Pause einhielten, drohte man mit Entlassung. Man sagte ihnen, daß sie „fliegen“ würden, wenn sie das System nicht mitmachen. Aber die wirklichen Arbeitervertreter ließen sich nicht beirren. Sie beantragten bei Steindorf eine Sitzung mit der Wertsleitung unter Hinzuziehung eines Organisationsvertreters mit der Tagesordnung: Regelung der Pausen und Befahrung der Betriebe. Bis heute hat die Sitzung noch nicht stattgefunden! Auf Drängen der Antragsteller erklärte Steindorf, er könne nicht gegen das Werk vorgehen. Dieser Anspruch kennzeichnet das wahre Gesicht der Gelben. Alle Maßnahmen zum Schaden der Arbeiter werden gutgeheißen. Um aber den freien Betriebsräten eine Lektion zu erteilen, lud Steindorf die Antragsteller zu einer Besprechung mit Herrn Gebhardt ein, der diesen zeigen sollte, wer Herr im Hause ist. Nach der Manier: „Wer nicht pariert, der fliegt“, wickelte sich die Besprechung ab. Gebhardt lehnte alles ab. Es bleibt so wie es ist. Der Hinweis des Betriebsratsmitgliedes Domski auf die gesetzlichen Bestimmungen wurde von Gebhardt damit beantwortet, daß er Domski aus der Besprechung hinauswarf! Direktor Gebhardt hat eine eigene Meinung vom Arbeitsrecht. Wer anderer Meinung ist, der fliegt! Und all das quittieren die Gelben mit einem Lächeln. Steindorf erklärte sogar, daß nunmehr über diese Punkte nicht mehr gesprochen würde, er wäre derselben Meinung wie der Herr Direktor.

Die gestellten Anträge bezeichnete Steindorf als „Agitationsanträge“ und berief eine Betriebsversammlung ein mit der Begründung, es seien tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Betriebsrats eingetreten, die „das gute Zusammenarbeiten mit der Wertsleitung stören würden“. In dieser Versammlung machte man die notwendige Ablegung der Antragsteller von ihrem Amte als Betriebsrat den Kumpels plausibel.

Also, Kumpel, die Betriebsräte, die deine Interessen vertreten, sollst du absehen! Dieser Antrag ist ein Beweis, wie tief man die Belegschaft einschätzt. Ein Vertreter der Organisation, der dort anwesend war, wurde im Auftrage von Steindorf durch die Polizei aus dem Versammlungslokal hinausgewiesen! Man sorgte also dafür, daß niemand die Wahrheit erfährt.

Um das notwendige Viertel, das für einen Absehungsantrag gehört, zusammenzubringen, wurden während der Arbeitszeit unter Androhung des Abzugs des Leistungslöhnes die Unterschriften gesammelt. Die wirtschaftliche Notlage der Belegschaft und die Angst um die Existenz wurden von Gebhardt und Steindorf in einer Form, die sitten- und kulturwidrig ist, ausgenutzt. Das Ergebnis: 380 Unterschriften, ist ein Beweis dafür, mit welcher brutalen Mitteln gearbeitet wurde!

Daß zu einem Absehungsantrag von Betriebsräten nicht nur ein Viertel der Belegschaft notwendig ist, darüber wurden auch in diesem Falle Gebhardt und Steindorf vor dem Arbeitsgericht belehrt. Es muß auch eine gröbliche Pflichtverletzung nachgewiesen werden. Die abzusehenden Betriebsratsmitglieder aber haben nur ihre Pflichten, die ihnen aus dem Betriebsräte-

hat er das dann gelesen, dann ist er so recht in „Stimmung“. Er kommt sich ordentlich „heimlich“ vor mit seiner Zeitung und mit seiner Zechen. Und er wird dann auch neugierig, was der gute Zechenonkel, der da so gemüthliches Zeug schrieb, wohl über Politik und Wirtschaft zu erzählen weiß. Er hat keine Ahnung, daß dieser Zechenonkel, der da in der Wertszeitung so unterhaltendes Zeug druckt, nur eine ganz abgefäimete Methode läßt gegen gute Bezahlung. Und so erscheint ihm auch das, was da über Politik und Wirtschaft zu lesen steht, ebenso als olle und ehrliche Auffassung wie der Familienschnus und die Sonntagsgeschichten. So wenigstens kalkuliert der Unternehmer.

Lieber Kumpel, bist du wirklich ein so harmloser Mensch? Wir glauben es nicht. Du weißt — nicht wahr? — daß dann, wenn der Unternehmer von verkehrter Wirtschaftspolitik redet, er nur an die soziale Politik denkt, und wenn er nach richtiger Wirtschaftspolitik ruft, er nur die ungefährte Profitwirtschaft meint. Hier auf einzelne Fragen einzugehen ist nicht möglich. Nur denke immer an folgendes: Warum schreibt die Wertszeitung immer nur von der schlechten Lage der Wirtschaft, aber nicht von der schlechten Lage des Arbeiters? Sie berichtet ja von deinen Familienfesten, warum nicht von deinen Familienfesten? Warum schreibt sie nur von den Geldschulden der Unternehmer — die übrigens damit nur ihren Profit sichern — und nicht von deinen Geschäftsschulden, weil dein Lohn nicht ausreicht? Warum schreibt sie nur von dem Marxismus der Gewerkschaften, aber nicht von der Ausbeutungspolitik, die im Betrieb an dir geübt wird? Warum schreibt sie von fallenden Dividenden, aber nicht von herabgesetzten Gehältern und sinkenden Löhnen? Warum schreibt sie nur von den Sklavenverträgen des Auslandes, aber nicht von der Sklaverei, in der du im Arbeitsverhältnis festgehalten wirst? Warum?

Weil sie dich mit ihrem Schnus in ihren Sonntagsgeschichten und in ihrer Werts- und Familienchronik geistig besoffen machen will, um dich um so besser durch ihre Klagen von der Not der Unternehmer und der Wirtschaft von deinen eigenen Sorgen und Nöten abzulenken. Man will den Kumpel einhüllen und ihn belehren, daß nicht die Unternehmer und ihre Politik schuld an der Arbeiternot seien, sondern diejenigen, die gegen die Unternehmer Politik machen.

Kumpel, gib diesen Demagogien die richtige Antwort und reiß dich ein in die gewerkschaftliche Kampffront. Nur so wird es möglich, die Arbeiter und damit auch die Wirtschaft aus der großen Misere zu befreien.

gesetz erwachen, wahrgenommen. Gebhardt und Konsortien erhielten eine moralische Backpfeife, die einstweilen genügen wird.

Aus dieser Darstellung, lieber Beunakumpel, erfiehst du, daß du deine Stimme für die gelben Arbeiterverräter gegeben hast. Diese Leute sind aus der Wertsgemeinschaft hervorgegangen, die von dem Unternehmer gegründet worden ist und auch von ihm finanziell unterstützt wird zu dem Zweck, das kollektive Arbeitsrecht zu beseitigen. Ihr habt aber alle durch euer Eintreten in die Wertsgemeinschaft mit dazu beigetragen, daß ihr entrechtet worden seid, daß ihr nur noch als Ware betrachtet werdet!

Darum muß nun die Parole lauten: Hinein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, damit dann durch den Verband eure Rechte aus dem Tarifvertrag, aus dem Betriebsratsgesetz und den Unfallverhütungsvorschriften wieder sichergestellt werden! Dann werdet ihr endlich einmal in den Genuß kommen, an den Errungenschaften der modernen Arbeiterbewegung teilzunehmen!

### Aus dem Saargebiet.

#### Lohntage im Jahre 1931.

Löhne des Monats	Für die Arbeiter.		Hauptlohnung und 1. Abschlag für den folgenden Monat
	1. Abschlag	2. Abschlag	
1931: Januar	30. 1.	10. 2.	20. 2.
Februar	28. 2.	10. 3.	20. 3.
März	30. 3.	10. 4.	18. 4.
April	29. 4.	9. 5.	20. 5.
Mai	29. 5.	10. 6.	19. 6.
Juni	27. 6.	9. 7.	18. 7.
Juli	30. 7.	8. 8.	20. 8.
August	29. 8.	10. 9.	19. 9.
September	30. 9.	10. 10.	20. 10.
Oktober	30. 10.	10. 11.	20. 11.
November	28. 11.	10. 12.	19. 12.

#### Für die Vertragsangestellten:

Löhne des Monats	Abschlag	Lohnung
1931: Januar	24. 1.	9. 2.
Februar	25. 2.	9. 3.
März	24. 3.	9. 4.
April	24. 4.	8. 5.
Mai	22. 5.	9. 6.
Juni	24. 6.	8. 7.
Juli	24. 7.	7. 8.
August	25. 8.	9. 9.
September	25. 9.	9. 10.
Oktober	24. 10.	9. 11.
November	25. 11.	9. 12.
Dezember	22. 12.	

#### Sitzung des Saar-Knappschafsvorstandes am 23. Dezember 1930.

Der Arbeitgeber hat der Erhöhung des Grundlohnes für die Arbeiterabteilung auf 34 Fr. zugestimmt. Zur Vermeidung von ungleichmäßigen Bezügen bei gleichen Beträgen soll die bisherige Grundlohnstaffelung für die Mitglieder mit festen Monatsbezügen bestehen bleiben. Die Beiträge für beide Kategorien bleiben die gleichen.

Das Oberbergamt soll gebeten werden, die Bestimmungen über anderweitige Berechnung des Krankengeldes erst vom 1. Januar ab in Kraft treten zu lassen, um eine nachträgliche Verringerung der bereits abgeschlossenen Krankenscheine zu vermeiden. Es sollen aber rückwirkend alle Krankenscheine nach den neuen Bestimmungen berechnet werden, die am 1. Januar 1931 noch nicht abgeschlossen sind. Für die Zeit vor dem 1. Oktober 1930 muß naturgemäß die frühere Berechnungsart zur Anwendung kommen.

Der Vorstand genehmigte die nachstehende neue Grundlohnstaffelung: Lohnstufe I: Grundlohn 13 Fr., Lohnstufe II:



16 Fr., Lohnstufe III: 19 Fr., Lohnstufe IV: 22 Fr., Lohnstufe V: 25 Fr., Lohnstufe VI: 28 Fr., Lohnstufe VII: 31 Fr., Lohnstufe VIII: 34 Fr.

Weiterhin erklärte sich der Vorstand damit einverstanden, daß das beim Tode eines Mitgliedes mit Monatsbezügen aus der Krankenkasse zu zahlende Sterbegeld nicht geringer ist, als es für Arbeiter der entsprechenden Lohnstufe festgesetzt ist.

Gemäß dem Vorschlage des Schlichtungsausschusses beschließt der Vorstand, daß beim Zulassentreffen des Sterbegeldes mit der Unfallversicherung in allen Fällen von der Saarnappterschaft die Hälfte des fahrungsmäßigen Sterbegeldes gewährt wird.

Die Verwaltung teilt mit, daß sich aus der neuen gesellschaftlichen Bestimmung, wonach den unterhaltsberechtigten über fünfzehn Jahre alten Kindern von Pensionsempfängern freie Kur und Arznei zusteht, Schwierigkeiten ergeben haben, und daß sich demzufolge der Ausschuß mit der Frage befaßt hat, inwiefern eine Einschränkung in der Behandlung der Angehörigen eintreten soll.

Die Verwaltung sowohl wie der Arbeitgeber stehen auf dem Standpunkt, daß nur die unterhaltsberechtigten Kinder von aktiven Bergleuten anpruchsberechtigt sind, nicht aber die unterhaltsberechtigten Kinder von Pensionären, und daß deshalb der § 13 der Bestimmungen über die Familienfürsorge entsprechend geändert werden müsse.

Peter Michely weist darauf hin, daß viele Pensionäre in der Erwartung, daß auch ihre erwachsenen Töchter, die ihnen den Haushalt führen, freie Kur und Arznei erhalten, den Beitrag von 6 Fr. zur Familienfürsorge gezahlt haben.

Der Vorstand schließt sich dieser Auffassung an und beauftragt die Verwaltung, diesen Zusatz zu entwerfen und in die Bestimmungen aufzunehmen, zugleich aber auch den § 13 so klar zu fassen, daß der Personkreis der Familienfürsorge für die Angehörigen von Invaliden gegenüber dem früheren Zustande nicht erweitert wird.

Die Reichsnappterschaft hat durch Rundschreiben vom 10. Dezember 1930 alle Bezirksnappterschaften ersucht, die Vereinbarungen mit der Saarnappterschaft über freie Kur und Arznei für Nappterschaftsinvaliden und Ruhegehaltsempfänger sowie Uebernahme der Familienfürsorge für Angehörige und Hinterbliebene vom 1. Januar 1931 ab in Kraft treten zu lassen.

Der Vorstand beschließt, die Parteizeit vom 1. Januar 1931 ab auf drei Monate herabzusetzen.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Affeln. Am 3. Januar verschied unser Kamerad Heinrich Wille. Seit 1901 gehörte er dem Verbande an. Wir werden seiner stets gedenken!

Zahlstelle Dürwis. Nach langer schwerer Krankheit starb am 25. Dezember unser Kamerad Gottfried Schönen. Die Zahlstelle wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Zahlstelle Gladed II. Am 25. Dezember starb nach langem schweren Leiden unser Kamerad August Ott im Alter von 51 Jahren. Er gehörte dem Verbande 25 Jahre an und war 12 Jahre Vertrauensmann unserer Zahlstelle. Seiner aufopfernden Tätigkeit wollen wir stets gedenken!

Zahlstelle Herne II. Am 9. Januar starb unser Kamerad Gustav Wickenhöfer. Er war stets ein guter Kämpfer für unsere Sache und seit längeren Jahren Mitglied unseres Verbandes. Wir bewahren ihm ein ehrendes Andenken!

Zahlstelle Horst-Emscher. Am 13. Januar starb unser Kamerad Johann Friesen infolge einer Magenoperation im Alter von 59 Jahren. Wir verlieren in ihm einen langjährigen und pflichttreuen Funktionär. Die Zahlstelle wird sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Leithach. Unser Kassierer Nikolaus Bachler wurde uns durch den Tod entzogen. Er starb an einer heimtückischen Lungenerkrankung. Wir werden unserem guten Klaus immer ein ehrendes Gedenken bewahren!

Zahlstelle Marl. Am 7. Januar verunglückte auf Zeche Brasseur unser Kamerad Alfred Hunger tödlich. Er war seit seiner frühen Jugend gewerkschaftlich organisiert. Er stand mehrere Jahre an führender Stelle in der Partei und im Reichsbanner. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Wellisberga. Am 13. Januar starb unser Kamerad Emil Enke im Alter von 77 Jahren. Er gehörte dem Verbande seit Gründung unserer Zahlstelle an und hat immer, wenn es galt, Arbeiterinteressen zu vertreten, in vorbildlicher Weise geführt. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren!

Zahlstelle Wieselhöfen. Am 19. Dezember verstarb nach langem schweren Leiden unser Kamerad Josef Heiman im Alter von 55 Jahren. Die Zahlstelle wird sein Andenken stets in Ehren halten!

Berichtigung.

In unserem Artikel „Lohnkampf vor dem Arbeitsgericht“ in voriger Nummer der „Bergbau-Industrie“ haben sich einige sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen. So sollte es heißen: in der ersten Spalte, zweiter Absatz, vierte Zeile „22 Urlaubsflagen“ statt „12“; in der vierten Zeile des dritten Absatzes „anzubiegen“ statt „anzubringen“ und in der ersten Zeile des vierten Absatzes derselben Spalte „verneinten“ statt „vermieden“.

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co. Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

**Sozialistische Erziehung als gesellschaftliche Forderung.** Von Stadtrat Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R. 30 Seiten. Ladenpreis 80 Pf., Organisationspreis 60 Pf. Freier Schutzverlag GmbH., Berlin C. 25.

In unserer Zeit der hochgepannten kultur- und schulpolitischen Auseinandersetzungen, mit denen die Schule in allen möglichen Lagen zum Machtinstrument für eine Partei oder eine bestimmte weltanschauliche Organisation gemacht werden soll, ist die Broschüre von Kurt Löwenstein eine Notwendigkeit. Sie zeigt mit zwingender Deutlichkeit, welche gesellschaftliche Aufgabe das öffentliche Schulwesen zu erfüllen hat.

Die Erziehung ist keine Dressurregel, mit der Erzieher nach bestimmten Schemen mehr oder weniger geschickt Fertigkeiten herstellen können, sondern sie ist die Kunst, das Wachstum der werdenden Gesellschaft innerlich zu disponieren und willensbewußt zu machen.

Um Organisation und Inhalt der Schulerziehung bestimmen zu können, verlangen die konformativ-dogmatische und die liberal-formale Methode, nur die gesellschaftlich-dialektische des wissenschaftlichen Sozialismus gibt der Schule ihre rechte funktionale Bedeutung, erschließt ihr die Ganzheit des Geschehens als lebendige Wirklichkeit.

Bildung und Organisation des ganzen öffentlichen Schulwesens darf weder nach religiös-transzendenten Gesichtspunkten, noch nach einem konstruierten Humanismus erfolgen, sondern nach dem Gesichtspunkt der Gesellschaftlichkeit, der gesellschaftsverbundenheit und der gesellschaftlichen Produktivität.

Die Broschüre enthält das Referat, das Kurt Löwenstein am 12. Oktober 1930 auf der Erziehungstagung in Braunschweig gehalten hat. Sie wird in dem kommenden Kampfe um das Reichsschulgesetz ein wichtiger Berater für alle politischen Funktionäre sein. Alle sozialistischen Lehrer, Elternräte und Eltern, die aus unserer Volksschule eine Erziehungsstätte machen wollen, in der auch die Kinder der Arbeiterklasse für ihre künftige gesellschaftliche Kampf- und Aufbauaufgabe heranwachsen können, müssen die Gedankengänge dieser Broschüre kennen.

Knappschäftsältestenkommission Herne.

Sonntag, 1. Februar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus zu Recklinghausen: Sitzung. Es ist Pflicht der Ältesten, vollständig zu erscheinen!

Knappschäftsältestenkommission Gelsenkirchen.

Berichtigung. Die Quartalsversammlung findet nicht am 8., sondern am 15. Februar statt. Zeit und Lokal bleibt, wie in Nr. 4 der „Bergbau-Industrie“ bekanntgegeben wurde.

Unter Tage ist ein guter Begleiter der würdige und billige GEG Kautabak aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten in Rollen, Stangen, Bündeln oder Hufeisen aus dem Konsumverein

Nur an Private! Franco mit Post! 100 Zett 100 Zett

Neue Gänsefedern! mit Daunennest, Feder, Feder, Feder

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre Gute Zifferuhr nur M. 2,80

Sichere Existenz durch Anschaffung der neuartigen Universal-Schnellstrickmaschine „REKORD“

Seit 75 Jahren GEG Kautabak

Geheulte Rum- und Joh. Willel. Senfzottenpfeile, Pfeffer, Pfeffer, Pfeffer

Inventur-Ausverkauf gewaltiger Preisrückgang bis zu 50%

Keine Worte - Preise! 3 Handtücher zu 1.- M.

M. Großmann München 50/58

Bettmatten Befreiung sofort. Ausk. unsonst. Alter u. Geschl. angeg. Dr. med.

Aus unserem neuen Gratis-Katalog: Herren-Stiefel, schwarz 790

Rheumatismus Wenn Sie daran leiden, lesen Sie mein freies Angebot! 100000 Fälle von Rheumatismus genesen

100000 Kinder tragen echte Kieler Matrosen-Anzüge und Mäntel

Unsere Buchhandlung liefert zum Organisationspreis für unsere Mitglieder wichtige Bücher:

h. Hansmann & Co., Bochum Wiemelhauser Strasse 38-42

mehr Gemüse und prächtige Blumen

erleben Sie durch die Adlesant, Verlangen Sie sofort kostenfrei den nächsten Katalog mit 300 Abbild.

Billige böhmische Bettfedern Nur reine gutfallende Sorten.

Die Frau Ein neues ill. Gesundheitsbuch von Dr. med. R. a. L.

Käse Ziehung II. — 18. Feb. Volkswohl-Lotterie

Bettmatten Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeg. Ausk. unsonst.

Aus 6 Pfd. alten Wollschafen, Stoff zum Anzug oder Damentisch bei geringem Kopfen

50000 neue Musikfreunde wurden allein seit 1924 von uns zur Zufriedenheit beliefert

HAUTKRANKE! HIER IST DIE GRATIS-FLASCHE die Sie von der Unübertrefflichkeit des D. D. D. Heilmittels überzeugen soll.

Baracken auf Abbruch aus stillgelegten Betrieben, desgl. Hallenbauten und eiserne Kleiderschränke gesucht.

Die Unternehmervverbände im deutschen Bergbau. Gemeinverträgliche Darstellung über Aufbau und Wesen der bergbaulichen Unternehmervverbänden.

Hallo! Betteln Sie gegen tolle Fälle bitten Ihnen unsere besten warmhaltenden, in jeden Winkel passenden Haar-Führlüpfert